

# Volksrecht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 2,50 M., auswärtig 1,50 M. Anzeigen unter Text 2,00 M., auswärts 1,00 M. Familienanzeigen 0,50 M. Stellenangebote, Stellenangebote, Verlags-Veranstaltungen und Wohnungsanzeigen 0,50 M. Kleine Anzeigen pro Monat 0,50 M. Das letzte Wort 1,00 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verantwortlicher: Geschäftsführer Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Rente: Postfach-Unt. Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft A. Schell, Matthesstraße 140, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Wöchentlich 2,50 M., monatlich 10,80 M., vierteljährlich 32,20 M.

## Die Steuerpolitik als Kabinettsfrage.

### Unsere Steuerpolitik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm Mittwoch mittag den Bericht des Herrn Müller über die k. erigen Steuererhöhungen entgegen. Müller stellte hier allgemeine Zustimmung fest, daß angesichts der Schwere, von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgesehene Besteuerung als durchaus unzureichend erscheine. In Bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Reichstag möglich sein wird, zu einem die Sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgange zu gelangen, äußerte sich Müller skeptisch. Er wies auch auf die große Gefahr hin, daß das Kabinetts-Mißtrauen über die Steuerreform führen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders auch der äußeren Lage bedeuten würde.

In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, den Gedanken der Ersetzung der Sachwerte geschäftsbereich zu verwirklichen, eingehend diskutiert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsvorkänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erwörterungen gezogen wurde. Die Beratungen dauerten in später Abendstunden noch fort und sollen Donnerstag vormittag 10 Uhr fortgesetzt werden.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse schreibt zu der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß die Einigung heranzureifen scheint. Die „Volksrecht“ Zeitung, die bisher mehrfach gemeldet hat, daß das Steuerkompromiß bereits fertig ist, schreibt heute morgen:

„Die Schwierigkeiten, die die Steuerfragen bereiten, sind noch sehr beträchtlich und ihre Lösung noch nicht durchsichtig.“

### Die unzureichende Form des Reichsnotopfers

Für die bisherige Wirkung der Besteuerung ist bezeichnend, daß von den bis Juni 1921 eingegangenen Zahlungen von 15 Milliarden auf das Reichsnotopfer über 10 Milliarden durch Kriegsanleihe geleistet wurden. Für die weiteren Monate des Jahres 1921 ist dasselbe Verhältnis anzunehmen. Nur der Rest erfolgte in Barzahlungen. Man ersieht hieraus, daß das Reichsnotopfer in der bisherigen Form lediglich auf eine Kündigung der Kriegsanleihe hinausläuft und zwar zu einer Zeit, in der das Reich sich in der ärgsten Finanznot befindet und an eine Tilgung von Anleihen nicht denken kann. Diese Feststellungen sind besonders beachtenswert, weil gewisse Steuerkompromißvorwürfe darauf hinauslaufen, die neuen Besteuerungen an das Reichsnotopfer anzuknüpfen.

### Das Reichsdefizit.

Wie wir hören, beträgt die Gesamtbelastung des Reichsstats für das Jahr 1922 vorläufig 105 Milliarden Mark. Dieser Belastung steht abzüglich der neuen Gehälter für die Beamten und Staatsarbeiter eine Einnahme von 15 Milliarden gegenüber, so daß also mit einem ungedeckten Etat von 90 Milliarden zu rechnen ist. Statt nun Versuche zu machen, eine Deckung für diesen Etat herzustellen, langweilen sich die bürgerlichen Parteien auch weiter in unnützen Verhandlungen über unnötige Dinge. Es scheint, daß selbst das Reichsfinanzministerium keine große Neigung besitzt, für eine Deckung des Etats vor Abschluß der Konferenz in Genua Sorge zu tragen.

### Wie der Großgrundbesitz sich zur Steuer einschätzt.

Für die Veranlagung der Reichseinkommensteuer wird bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten jede Mark versteuert, indem der volle verdienten Lohn oder das volle Gehalt, abgesehen von den gesetzlich zulässigen Abzügen, durch den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuer herangezogen wird. Bei den selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wird als Einkommen ein Betrag vom Jahresumsatz in Höhe von 10—15 Prozent berechnet. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist durch diese Art der Einkommensfeststellung gegenüber dem Lohn- und Gehaltsempfänger im Vorteil. Noch viel größer sind aber die Einkommens- und Steueranteile, die der Landwirt genießt, und zwar um so mehr, je größer die von ihm bewirtschaftete Fläche ist. Wie wir erfahren, hat der Kreiswirtschaftsverband Lauban in Niederschlesien im Einvernehmen mit dem Finanzamt Lauban unter Leitung des Regierungsrates v. Windt die Einkommensjahre pro Morgen Grund und Boden aufgestellt, geteilt nach der Morgenzahl der Wirtschaften und Landgüter. Es soll auf Grund dieser Aufstellung berechnet werden von

Wirtschaften bis 20 Morgen	375—450 M. Einkommen pro Morgen
„ „ 50 „	300—375 „ „ „
„ „ 100 „	225—300 „ „ „
„ „ 200 „	150—225 „ „ „
„ „ 400 „	100—150 „ „ „
„ „ 1000 „	und mehr 50—100 M. Ein. pro Morg.

So schätzen die Agrarier den Ertrag ihres Landes ein, wenn es gilt, Steuern zu zahlen. Der kleine Wirtschaftsbefitzer kann bluten, jeden Morgen Land seiner Scholle soll er mit 375—450 Mark oder mit 300—375 Mark Einkommen angerechnet bekommen und versteuern, während der Großgrundbesitzer mit 1000 und mehr Morgen Land nur 50—100 Mark Einkommen aus jedem Morgen Land versteuern soll. Der Großgrundbesitzer dichtet sich also einen 4—7mal niedrigeren Ertrag an, als er für den kleinen Landwirt berechnet wird. Beim Siebelsgesetz war es anders, da wurde von den

Großgrundbesitzern statistisch nachzuweisen versucht, daß nur die Großlandwirtschaft ertragsfähig wirtschaftet. Durch diese Begründung sollte möglichst verhindert werden, Land an den Kleinbesitz abzugeben. Durch die Kritik eines Parteigenossen in einer Kreissteuerausgleichung für den Steuerbezirk Seidenberg Kreis Lauban wurde erreicht, daß sich die Mehrheit entschied für ein Einkommen bei Wirtschaften mit 200 Morgen und mehr auf 150 Mark pro Morgen in Zone 1 und auf 130 Mark pro Morgen in Zone 2 zu bemessen. Damit würde die große Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Landwirten wenigstens etwas beseitigt.

### Die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse

setzte sich am Mittwoch fort. Dollarknoten erreichten in Berlin zeitweise einen Kurs von 192—194. Ähnlich notierten Kabel New York 189,25, London 800, Holland 6920. Die Spekulation weist darauf hin, daß die Reichsregierung genötigt ist, monatlich für 93 Millionen Goldmark Reparationsdevisen zu beschaffen.

### Vertrauliche Berichterstattung über Cannes.

Am Mittwoch vormittag trat der auswärtige Ausschuss zusammen, um einen Bericht Dr. Rathenau über die Verhandlungen in Cannes entgegenzunehmen. Die Verhandlungen waren vertraulich. Man erfährt aber immerhin, daß Rathenau mit seiner Berichterstattung über die Verhandlungen in London und Cannes auf den Ausschuss starken Eindruck gemacht hat. Helfferich und Sinnes griffen Herrn Dr. Rathenau in sachlicher Form heftig an. Rathenau mußte aber seinen Gegnern geschickt und mit reichhaltigem Beweismaterial zu antworten.

### Die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag gehen weiter.

Einer Reutersmeldung zufolge haben heute Lord George und Lord Curzon vor dem britischen Kabinetts Erklärungen ab über die Verhandlungen in Cannes und über die Unterredung mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Es werde augenblicklich über die mögliche Grundlage eines englisch-französischen Vertrages beraten. Unüberwindliche Hindernisse seien nicht vorhanden.

### Sozialistische Wiederaufbaukonferenz in Genua?

Kopenhagen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der dänische Parteivorstand Genosse S. auning forderte in einem Schreiben an den Genossen Herderberg die englische Arbeiterpartei auf, eine internationale sozialistische Wiederaufbaukonferenz nach Genua einzuberufen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigte sich am Dienstag mit der von der Wiener Arbeitsgemeinschaft geplanten internationalen sozialistischen Konferenz, zu der auch die Kommunisten eingeladen werden sollen. Trotz aller grundsätzlichen Bedenken gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten beschloß der Parteivorstand, der Einladung zuzustimmen. Dieser Beschluß kam zustande, weil die deutsche Sozialdemokratie vor allem das Bestreben hat, mit der französischen sozialistischen Partei gemeinsam zu verhandeln.

### Die deutsch-polnischen Rechtsorgane für OS.

Als Leiter der 12. Unterkommission bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen hat Minister a. D. Dr. Simons in den letzten Tagen zahlreiche Rücksprachen innerhalb der deutschen Delegation und der einzelnen Mitglieder der polnischen Delegation gehabt.

Bekanntlich liegt es dieser Unterkommission vor allem ob, die beiden Organe, die in der Genfer Entscheidung für die Ueberwindung der Ausführenden des zu lösenden Problems vorgeschlagen sind — die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht — in bezug auf Organisation, Zuständigkeit und Verfahren vorzubereiten. Dabei handelt es sich um außerordentlich schwierige Fragen. Während auf der einen Seite die Zuständigkeiten jener beiden Organe in möglichst eingehender und klarer Festlegung festgelegt werden müssen, ist andererseits darauf Bedacht zu nehmen, daß tiefere Eingriffe in die Souveränität der beiden beteiligten Staaten tunlichst vermieden werden. Man wird sich weiter über die Zusammenfassung der beiden Kommissionen und die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander klar werden müssen. Insbesondere wird zu prüfen sein, welcher Kreis von Angelegenheiten unter die Zuständigkeit der beiden Kommissionen fällt, ob ihre Entscheidungen unmittelbar vollziehbar, ob ihr Schiedspruch nur von den beiden beteiligten Staaten oder auch von Vertragspartnern verlangt werden kann, und in welcher Weise alle anderen Fragen geregelt werden sollen, die bei dieser völligen Neuordnung der Dinge als zweifelhaft hervortreten könnten. Eine endgültige Entscheidung über alle diese Probleme wird naturgemäß erst getroffen werden können, wenn die Beschlüsse der übrigen Unterkommissionen vorliegen. Dann erst wird ein Ueberblick über das praktische Bedürfnis, insbesondere darüber möglich sein, ob etwa für einzelne Gebiete Sondergerichtsstellen einzurichten oder ob bei bestimmten Entscheidungen Sachverständige aus den betreffenden Gebieten heranzuziehen sind. Die Arbeiten einer Reihe von Unterkommissionen können im wesentlichen als beendet angesehen werden, in voller Tätigkeit arbeiten jedoch neben der 12. Unterkommission noch die Unterkommissionen für das Zollwesen, für Rechtsfragen und den Minoritätenschutz. Letztere wird ihre Arbeiten — wie von Anfang an vorgelesen — erst in Genf zum Abschluß bringen. Während einzelne der noch vorliegenden Streitpunkte beigelegt werden konnten, tunchen andere nur auf. Die das endgültige Ergebnis der Verhandlungen betreffende sein wird, insbesondere ob ein Schiedsgericht durch den Präsidenten Caubert vermittelt sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

### Polnische Politik.

Durch die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain, durch den Rigaer Frieden Polens mit Sowjetrußland und durch die obersteinstliche Entscheidung, also durch eine Reihe von Akten und Nachwirkungen der Feindschaft der Entente gegen das geschlagene Deutschland und das bolschewistische Rußland, hat Polen so viel Gebiet mit fremdnationaler Bevölkerung ohne viel eigene Anstrengung zugewiesen bekommen, daß die Verdauung dieser Fremdkörper dem jungen, nicht aus eigener Kraft entstandenen Staatswesen trotz der robusten polnischen Vernichtungsfreude gegen wehrloses fremdes Kulturleben gar nicht recht gelingen will. Wenn heute überall dort, wo polnische Soldaten und Bürokraten regieren, allgemeine Wahlen zum Warschauer Sejm, dem polnischen Parlament, ausgeschrieben würden, und wenn man einmal theoretisch annehmen wollte, daß diese Wahlen auch ohne Terror und amtlichen Druck durchgeführt werden könnten, so würde das Wahlergebnis ein merkwürdiges Bild von dem Erfolg des großen Kampfes um die „Befreiung der Nationen“ im europäischen Osten ergeben. Die schwere Wirtschaftskrise, besonders in der Lodzer und Warschauer Industrie, würde mit Sicherheit zur Folge haben, daß eine ganze Anzahl von Kommunisten gewählt würden, die dem Nationalpolentum in jeder Form mit äußerster Feindschaft gegenüberstehen. Dazu aber kämen bei einem gerechten Verhältniswahlrecht, etwa nach deutschem Muster, so viele Abgeordnete deutscher, ukrainischer, litauischer, weiß-russischer Nationalität und Nationaljuden, daß alle polnischen Parteien von den reaktionären Nationaldemokraten bis zu den polnischen Sozialisten mit größter Wahrscheinlichkeit im polnischen Landtag dann nur eine Minderheit ausmachen würden. Es müßten schon sehr viele Angehörige nationaler Minderheiten ihrerseits auf die Wahl von Kandidaten ihrer Nationalität verzichten, wenn etwa die in Krakau neu gegründete und anscheinend auf Kosten der rechts, von der zweiten Internationale stehenden polnischen Sozialdemokratie (P.S.) rasch wachsende neue Unabhängig-Sozialistische Partei in Polen das Jünglein an der Waage zwischen Polen und Nichtpolen würde.

Aber die Wahl eines solchen Parlaments wird eben um dieser Aussicht willen von den polnischen Machthabern wohlweislich verhütet werden. Der jetzige polnische Landtag zeigt wenig Lust zu Neuwahlen, und wenn ihm diese über kurz oder lang aufgedrängt werden, so werden diese aus Gründen der Selbsterhaltung des polnischen Staates und seiner herrschenden Klasse natürlich ganz anders vor sich gehen, als solche allgemeinen Wahlen, wie wir sie da zu unserer Belehrung einmal berechneten.

Gegenwärtig kann sich der polnische Staat es ja noch leisten, seine fremdnationalen Minderheiten auf das schärfste zu unterdrücken, ohne davon anderen Schaden zu haben als den Ruin oder die Abwanderung wirtschaftlich tüchtiger Steuerzahler, wie etwa der 50000 Deutschen, die jetzt gerade für Deutschland optiert haben, obgleich sie deswegen ihre westpreussische oder polenische Heimat in kurzer Zeit verlassen müssen. Zu dieser inneren Schädigung der Wirtschaft des polnischen Staatsgebietes kommt bisher noch nicht die böseste Nachwirkung, die die Verzeindung eines Staates mit seinen nationalen Minderheiten haben kann, kommt noch nicht die aktive Verbindung dieser Minderheiten mit ausländischen mächtigen Staaten. Deutschland ist in seiner Bewegungsfreiheit auch gegen die schlimmsten polnischen Uebergriffe durch das polnisch-französische Bündnis gehemmt, das gegenwärtig reichlich genügt, unser geschlagenes Land in Schach zu halten und dessen Ergänzung durch eine englische Garantie selbst im Kopf des Herrn Poincaré, der diese Ergänzung vorschlägt, gegenwärtig mehr diplomatisch taktische und erst für eine ferne Zukunft militärisch praktische Bedeutung haben dürfte. Die Losreißung der in den abgetretenen Gebieten wohnenden Grenzdeutschen von der fremdnationalen Herrschaft kann die deutsche Politik, wie hier wiederholt ausgeführt worden ist, nicht zum Zielpunkt nehmen, da sie sich damit einen Ring feindlicher Grenzscharen schaffen würde, deren durch den Versailler Vertrag ja Oden, Westen, Norden und Süden überall deutsche Minderheiten ausgesieft wurden. Deutschland bleibt also auch gegenüber den Volksgenossen unter polnischer Herrschaft, nur die friedliche Pflege des Kulturzusammenhanges übrig.

Von den Litauischen Nachbarn hat, die ebenfalls erst der Versailler Vertrag neu geschaffen hat, kommt keiner für sich allein als offener Gegner Litauens in Betracht und nur das kleine Bauernland Litauen kann in eine Lage kommen, die es zum Zusammengehen mit jedem anderen Gegner Litauens zwingt, um sich vor der politischen Halbierung der litauischen Nationalität durch Polen oder der völligen Auflösung seines kleinen Staatswesens durch den ausdehnungslustigen Nachbarn zu schützen. Sowjetrußland aber endlich ist, wie der russisch-polnische Krieg 1920 zeigte, und wie seine friedensbedürftige allgemeine Politik infolge der inneren Fäulnis beweist, auf längere Zeit hinaus zu keinem aktiven Vorgehen gegen seinen polnischen Besten im Stande. Gelegentliche scharfe Notenkriege des letzten Jahres haben schließlich doch zu einer gewissen wirtschaftlichen Annäherung der beiden osteuropäischen Wirtschaftsinvaliden geführt. (Schluß folgt.)

### Eine polnische Tendenzmeldung.

Die „Gazeta Dziennik Gdansta“ behauptet in der Nummer vom 8. Januar, daß die Deutschen im Weichselgebiet diejenigen polnischen Güterbesitzer auszuweisen begannen, die über dreitausend Morgen besitzen. Auf diesen Gütern sollen deutsche Kolonisten zur Verbreitung und Kräftigung des Deutschtums angehebelt werden. Auf Grund der an zuständigen Stellen eingezogenen Erkundigungen ist, wie die Pressestelle des Oberpräsidenten Königsberg mitteilt, festgestellt worden, daß von den deutschen Behörden derartige Ausweisungen polnischer Güterbesitzer nicht erfolgt sind.

## Der schweigsame Ludendorff und die Dolchstoßlegende.

Von Müller-Brandenburg.

Im „Berliner Tageblatt“ hat der Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherr v. Schönau sich vor einigen Tagen in trefflicher Form gegen die Dolchstoßlegende gewandt. Man darf es mir nicht übelnehmen, daß ich darüber große Genugtuung empfinde. Ich bin der erste Offizier in Deutschland gewesen, der der Lüge vom Dolchstoß vom militärischen Standpunkt aus auf den Leib rückte. Es war 1919 mit meiner Schrift „Von der Marne zur Marne“. Was war die Folge? Eine wilde Hege, Verleumdungen jeder Art, Ehrlosenerklärung durch das Offizierkorps, weil ich „den obersten Kriegsherrn“, die „Führer des Heeres“ und damit die Armee „heimpflichtig“ hätte. Sächsisch hat mich nie man bis zur Stunde widerlegt. Im Gegenteil! Jetzt kommt ein hoher Offizier nach dem andern und sagt dasselbe, was ich gesagt habe. Selbstverständlich ist dabei, daß niemand von all den Herren mein Buch erwähnt. Ich bin ja ein ehrloser Geselle! Den schweigt man tot. Aber an der Wahrheit kommt man nicht vorbei! Und so bekämpft einer nach dem andern von den Männern, denen schließlich die Wahrheit das Höchste ist, meine Behauptungen. Das genügt mir. Denn, wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Nichts, sagt ein Sprichwort. Laufende von denen, die mich für ehrlos erklären, wissen die Wahrheit, aber schweigen. Diese „Nichtseher“ in unjer einem einen „ehrlösen“ Kerl. Mögen sie!

Daß es heute noch recht gefährlich ist, die Wahrheit zu sagen, das zeigt die Einleitung der Aufsätze des Generals v. Schönau. Der hohe Offizier sieht sich genötigt, einleitend folgende Bemerkungen zu machen:

„Wer als ehrlicher Wahrheitsfucher seine früheren Ansichten ändert, ist ein Ehrenmann. Wer seine Ansichten ändert, weil er persönlich mit einer anderen Ansicht bessere Geschäfte zu machen hofft, ist ein verächtlicher Schädling. Wer seine Ansichten nicht ändert, weil er nicht erkennt, daß die Zeiten über ihn hinweggehen, mag ein hoher Ehrenmann sein, ob er klug ist, kann nur die Zeit selbst zeigen. Zum Eingestehen begangener Fehler gehört zweierlei: die Erkenntnis des Fehlers und Mut. Wer den begangenen Fehler als solchen erkennt, aber nicht den Mut findet, ihn einzugestehen, ist ein Feigling.“

So Herr v. Schönau! In ganz ähnlichen Worten habe ich mich vor einigen Monaten in der Chemnitzer „Volkstimme“ geäußert, anlässlich von Betrachtungen über die „Schuldfrage“, bei welcher Gelegenheit ich ganz offen meine eigene fehlerhafte Rolle vor dem Kriege skizzierte.

v. Schönau schreibt: „Die Pflicht gegen das Vaterland erfordert rückhaltloses Eingeständnis begangener Fehler.“ Die Herren von Ludendorff, Bauer usw. denken da anders. Herr Ludendorff habe ich in einer kurzen Aufsatzreihe in der „Volkstimme“ im November 1921 seine strategischen Sünden im Jahre 1918 vorgehalten. Sächsische deutschnationale Organe erklärten mündend, daß man das „Geklaff“ und „Gehimpf“ demnächst militärwissenschaftlich widerlegen wolle. Zwei Monate sind unterdessen ins Land gegangen, ohne daß die Widerlegung erfolgt ist. Sie ist nicht erfolgt, trotzdem Herr Ludendorff die Aufsatzreihe kennt, ebenso wie die Angriffe, die ich in der „Marne zur Marne“ gegen ihn gerichtet habe. Der Beweis dafür ist schwarz auf weiß in meinen Händen. Ludendorff schweigt! Er weiß, warum er schweigt!

Wird er auch zu den Ausführungen des Generals v. Schönau schweigen? Oder ist der auch, weil er die Wahrheit sagt, „ehrlös“ geworden? Was sagt v. Schönau?

1918: „Gelang es, den Stoß bis zum Meere bei Abbeville durchzuführen, dann war die Front der Alliierten getrennt. . . . Dieses große Ziel ist nicht erreicht worden. Die Offensive kam vor Amiens zum Stillstand, ohne diesen Hauptnotenpunkt zu unterbinden.“ Dann spricht Schönau von den nun folgenden neuen Offensiven (Lys, Chemin, Nonon, Reims): „So entstand der neue Kriegsplan, durch fortgesetzte neue Offensiven den Feind zu zermürben. Diese Offensiven sind teilweise schon in den Anfängen erstickt worden, mehr als Augenblickserfolge hat keine gehabt. Die Verluste waren enorm. Der Erlaß aus der Heimat an Menschen und Material war gering, die Frontlinie wurde immer länger, dünner und verwundbarer, während der Gegner täglich Verstärkung durch die nun regelmäßig eintreffenden Amerikaner erhielt. Die nackte Tatsache ist die, daß die Aussichten für eine entscheidende Offensive im Frühjahr 1918 gut waren, daß der Erfolg trotzdem ausblieb, und die Ergebnisse nun zur Begehung von Fehlern führten.“

Das sagt der General v. Schönau. Nichts anderes steht in meiner Marne, in meinen Aufsätzen in der „Globe“, „Chemnitzer Volkstimme“, der in Plauen, wie im Jenaer „Volk“. Ja, General v. Schönau geht noch weiter als ich. Für ihn war der Krieg schon als endgültig verloren zu betrachten, als wir vor Amiens liegen blieben! Ich habe nur die Auffassung vertreten, daß der Krieg verloren war, als Ludendorff sich durch den Chemin-des-Dames-Erfolg zwei Monate später dazu verleiten ließ, sein strategisches Ziel Calais, also das Meer, fallen zu lassen und nach Paris wollte. Will sich Herr Ludendorff nicht endlich erklären? Was hat er zu der Schrift des Majors a. D. jetzigen Archivrat im Reichsarchiv, Feht, über die Offensive 1918 zu sagen? Der Verfasser, der so monarchistisch denkt, daß er nur von „Sr. Majestät“ spricht, wenn er auf Wilhelm II. zu sprechen kommt, ist doch wohl völlig des Vorwurfs entbunden, Herrn Ludendorff „heimpflichtig“ zu wollen. Und trotzdem die Kritik! Eine Kritik, die meiner Ansicht nach, trotz der höflichen Worte, für Ludendorff viel peinlicher ist, als alles andere.

Herr Ludendorff täte gut, sich einmal über all diese Dinge zu äußern, statt sich in sozialistenfeindlichen und antisemitischen Schriften zu ergötzen. In der D. S. L. hatten Juden garnichts zu sagen, da be- immie er. Er hat den Krieg verloren, nicht die Sozialisten und Juden sind da schuld.

Der General von Schönau hat schon recht, wenn er in seiner Aufsatzreihe nachweist, daß die im Spätsommer 1918 in Erscheinung tretende „sozialistische Agitation“ nicht die Ursache, sondern die Folge der Niederlage war.

In meiner Marne-Schrift hob ich schon hervor, daß die Chemin-des-Dames-Offensive im Mai 1918 zeigte, daß die Truppen noch durchaus ihre Aufgaben erfüllten. Dies bestätigt v. Schönau: „Die agitatorische Arbeit (des Spartakusbundes, v. Verfasser) hatte den Kampfwert der Truppen nicht behindert. Das Mißglücken der Arras-Offensive erklärten Beteiligte dadurch, daß einige Divisionen nicht von den erbeuteten Vorräten des Feindes fortzubekommen waren. Auch bei der Mai-Juni-Offensive am Damenweg wurde von keiner Seite über schlechten Geist der Truppe geklagt. . . . Die ganze Dolchstoßlegende hat doch aber überhaupt nur dann einen Sinn, wenn ohne die sozialistische Agitation der Ausgang des Krieges anders gewesen wäre und das muß bei vorurteilsloser Betrachtung bestritten werden.“

General v. Schönau bewegt sich aus diesen und anderen Ausführungen genau auf der Linie, die von mir in „Marne zur Marne“ und mehreren Aufsätzen gehalten wurde. Er gibt der Wahrheit die Ehre, wie der deutschnationale Professor Delbrück, der bekannte Verfasser der „Geschichte der Kriegskunst“, der im Mai 1920 seiner „Preussischen Jahrbücher“ schrieb: Ludendorff „dort nicht nur nicht mit Friedrich oder Napoleon, er darf auch nicht mit Gneisenau oder Moltke zusammengestellt werden. . . . Wer die Revolution anfragt, muß zuerst die Heeresführung anfragen, die ihr den Boden bereitet hat. . . . er (Ludendorff, der Verf.) hat die strategische Aufgabe, die ihm gestellt war, niemals begriffen. . . . Der Führer ist es gewesen, der sich nicht auf das richtige Ziel einzustellen mußte und deshalb alles Heidentum zunichte gemacht hat.“

Ich habe bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß ein General Hoffmann, ein General Seest und noch andere, voraussichtlich die strategische Aufgabe besser gelöst hätten, als Ludendorff, dem Ehrgeiz und Machtwille den Blick blendeten. Ludendorff ist der Schuldige, daran kann alle deutschnationale Vergötterung, die für die Eingeweichten einen kräftigen Stützpunkt herbeizuführen hat, nichts ändern. In deutschen nationalen Kreisen ist man sich — wenn alle Türen und Fenster verschlossen sind — durchaus klar darüber, daß die Fehler Ludendorffs die Katastrophe herbeigeführt haben. Vor der Deffektivität aber steht man mit frecher Stirn und erzählt die Lüge vom Dolchstoß.

## Sozialistische Interpellationen gegen Poincaré.

Aus Paris wird gemeldet: Baranne ist von der sozialistischen Kammergruppe beauftragt worden, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpellieren. Ferner brachte Mario Sangnier eine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung und über die Pläne bezüglich der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas ein.

## Ein französischer Sozialist über Poincarés Kriegsschuld.

Genosse Leon Blum veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel gegen Poincaré den Kriegsschuld. Nach ihm hätten bereits die Schändel-Affäre 1886, der Algerias- und Agadir-Zwischenfall 1905, bzw. 1911 zum Kriege geführt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik oder Ministerpräsident gewesen wäre. Mit Gewißheit, fährt Blum fort, werden wir dazu kommen, die Frage der unmittelbaren tatsächlichen Verantwortlichkeit für den Krieg zu erörtern. Daß Poincaré jetzt am Ruder ist, wird unfehlbar die Wirkung haben, dieses Problem in die vorderste Reihe der öffentlichen Kontroversen zu rücken und jeder einzelne von uns wird dazu Stellung nehmen. Inzwischen aber dürfen wir bei der größten Mäßigung ein erstes Urteil über die feststehend betrachten, nämlich, daß Poincaré moralisch irgend wie mitverantwortlich sei.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der erst kürzlich von einer akuten Nierenentzündung genesen ist, hat einen Rückfall erlitten, der ihm vorläufig die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte außerhalb des Krankenzimmers nicht gestattet.

## Spuren im Schnee.

Von Egon Glöckner. (Nachdruck verboten.)

„Doch, das kann ich recht gut begreifen.“  
„Rein!“ erwiderte der Kapitän. „Und Sie werden es noch weniger begreifen, wenn ich Ihnen sage, daß kein plötzlicher Tod einen um so härteren Eindruck auf mich gemacht hat, weil ich weiß, daß der Mörder, der heute nacht zu ihm einbrang, für ihn nicht unerwartet gekommen ist.“  
„Daraus würde folgen, daß er den Mörder kannte. Dieser Umstand scheint mir von Bedeutung für die Polizei, für den Bogt. Haben Sie ihm das mitgeteilt?“  
„Rein“, antwortete der Kapitän. „Ich sehe voraus, daß er ebenso sperrend ist wie Sie.“  
Der junge Arzt betrachtete den Kapitän aufmerksam. „Der Bogt ist schon lange hier und kennt die Menschen und die Verhältnisse besser als ich“, sagte er. „Er weiß natürlich, welches Gewicht er der Aussage eines jeden beizumessen hat. Ich habe verschiedene über die näheren Umstände von Doktor Glöckner gehört und ich begreife, daß dies ein ständiger Gesprächsgegenstand zwischen Ihnen und dem Ermordeten gewesen ist, aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich einen Zusammenhang mit diesem Verbrechen in Verbindung bringe. Jedenfalls müßten Sie andere und bessere Gründe dafür beibringen als das, was Sie über das Gespräch gesagt haben. Hat der Apotheker vielleicht erwartet, daß sich der Tote ihm zeigen werde?“

Der Kapitän blinzelte den Arzt fragend an.  
„Ja“, fuhr dieser fort, „ich nehme wenigstens an, daß es das ist, was Sie meinen.“ Er betrachtete den Kapitän forschend und ausgetrieben, wie ein besorgter Arzt einen Kranken ins Auge faßt, und fuhr dann fort: „Ich begreife, daß Sie mit Ihrer Herabsetzung zu solchen Aufzeichnungen kommen können. Aber es müssen triftige Gründe vorliegen, bis auch ein so trotziger Mensch ohne Einbildungspracht mit der Rede, von solchen Behauptungen ergriffen werden kann.“  
Der Kapitän ging der Tür zu. Über plötzlich brach er sich um und sagte mit heftiger, aber bebender Stimme:  
„Begründen Sie dem nicht, daß der ganze Mord auf diese Weise erklärt werden kann?“

„Jawohl, Ein Bahnhofsruiger.“  
„Das ist zu oberflächlich“, witzelte ihm der Kapitän. „Das erscheint alles zu erklären und erklärt tatsächlich gar nichts. Aber ich weiß, daß Grafmann in all den letzten Tagen immer in Ermahnung irgend eines Ereignisses stand. Daß ein Mensch zu ihm hereinzukommen werde, eines Abends oder in der Nacht.“

„Sieher Freund.“  
„Sagte der Arzt, indem er auf den Kapitän zugeht und beiseite die Hände ausstreckte. Sieher Freund.“  
Der Kapitän wollte noch mehr sagen, als er aber den Ausdruck in dem Gesicht des jungen Mannes wahrnahm, blieb er stehen; ein Schauder ging durch seinen Körper, und ein grauer Schweiß von Schweiß und Schweiß legte sich über seine Augen. Er verstand, was der Arzt meinte, und in einem Augenblick der Pflanzgelegenheit neigte er bekümmert den Kopf. Aber gleich darauf erhob er ihn wieder und schaute dem anderen trotzig ins Gesicht.

„Es ist ein alter Mann, der vor Ihnen steht“, sagte er.  
Der Arzt beiläufig sich zu erinnern, und jetzt lag wirkliche Teilnahme in seiner Stirn.  
„Ich habe nichts gesagt, was . . . Jedenfalls habe ich nicht gemeint.“  
„Ich kann die Gedanken, die Sie sich über mich machen, in Ihren Augen lesen“, erwiderte der Kapitän. „Das können Ungelehrte immer.“

„Sie dürfen nicht vergessen, daß ich Arzt bin“, entgegnete der andere. „Ein Arzt läßt sich nicht so leicht täuschen. Ich vermute wohl, was mit Ihnen los ist. Wenn man solche Anzeichen wahrnimmt wie Sie, ist es kein Wunder, wenn das Nervensystem darunter leidet. Kommen Sie doch, wenn Sie ein Wort zu mir, so ist es ja vollkommen verständlich, wenn Sie in phantastische Gräueltaten verfallen. Das ist meine nähere Ansicht von der Sache.“

„Sich Recht!“ sagte der Kapitän. „Ich will Ihnen nicht länger lästig fallen.“  
Der Arzt lehnte sich zurück, und um etwas fremdbildiges zu sagen, bemerkte er:  
„Sie haben wohl einen weiten Weg nach Hause?“  
„Jawohl, Kapitan“, antwortete der Kapitän. „Ich wohne in der Nähe der großen Eisenbahn.“  
„Ja, da müssen Sie ja noch einmal an der Apotheke vorbeigehen.“

„Ja, das habe ich eben auch gedacht“, sagte der Kapitän mit geheimnisvoller Betonung. „Jetzt gehe ich noch einmal an der Apotheke vorbei.“

Als der Arzt die Haustür öffnete, sah er, daß der Mond schien und daß Straße und Felder in häßlich-kaltem Glanze dalagen. Er sah keinem Gaste nach, der sich als ein schwarzer Schatten über den bläulichen Boden hindob, und erst als der Kapitän an der Wegbiegung verschwand, ging der junge Arzt wieder in seine Wohnung zurück.

„Armer Kerl!“ murmelte er vor sich hin. „Er ist verloren. Sein Handgelenk haben ihn verraten, aber sein Geschick noch mehr. Sicherlich ist er unheilbar, denn er mißt ja schon seine Einbildung unter die wirklich geschehenen Dinge.“  
Unterdessen wanderte der Kapitän langsam durch die Hauptstraße nach Hause. Nirgend war ein Mensch zu sehen und auch in keinem Hause ein Licht. Nur im Bahnhof war in einem einzigen Fenster der gelbe Schein einer Lampe zu erblicken. Der Umstand, daß alle Menschen schliefen und nirgendwas sich Leben zeigte, verriet dem Kapitän, daß sich die Kunde von dem Tode noch nicht verbreitet hatte.

Die kalte Luft die häßlich schimmernde Straße vor ihm und der Klang seiner Schritte auf der hartgefrorenen Erde lenkten seine Gedanken in eine bestimmte Richtung — zu den zwei Wandern, denen er unlängst abends begegnet war. Unwillkürlich blieb er lauschend stehen, als erwarre er, noch einmal die kühneren Schritte auf der kahlgarten Straße zu vernehmen. Er sah im Geiste die beiden Männer auf menschenleerer Straße durch eine öde Gegend wandern; sie starrten gerade vor sich hin, neben ihnen entgegen, und in ihrem stummen Wandern lag eine Ruhe, die er als ein ununterbrochenes Grabein und Nachdenken dieser beiden Menschen über rätselhaftige Dinge deutete. Die Erinnerung an die beiden Wanderer hatte den Kapitän so plötzlich durchquert, daß er unwillkürlich halblaut vor sich hinsagte:  
„Wo sie jetzt wohl sein mögen? Und wer waren diese Menschen?“

Nachdenklich und kopfschüttelnd ging er weiter.  
Die Erinnerung an die beiden Wanderer machte aber bald wieder dem Nachdenken über näher liegende Dinge Platz, nämlich über seine Unterredung mit dem jungen Arzt. Der Kapitän ließ seinen Blick hart auf, und ein Laut drang aus seiner Kehle, der ebenjagot er: „Führen wie ein unterirdisches Schloß kein konnte. Und gleich darauf sagte er zu sich selbst:





Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Achtung, Kommunalbeamte! Die am Freitag, den 20. Januar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, stattfindende Versammlung beginnt bereits um 7 Uhr. — Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen: Freitag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5, Sitzung. Besprechung wichtiger Angelegenheiten.

Tragödie des Alltags.

Sie war Zeit ihres Lebens ordentlich, fleißig und hartjam gewesen. Von ihrer Hände Arbeit hatte sie gelebt — kümmerlich, wenig beneidenswert. Wo sich ihre eine Arbeit bot, hatte sie zugeworfen ganz gleich, um was es sich handelte. Sie hatte gewaschen und geplättet, Kleider ausgewaschen, Wohnungen geputzt, Kinder gewartet, Botengänge besorgt. Und immer hatte sie von dem Wenigen, was ihr die Leute für ihre Dienste gaben, noch eine Kleinigkeit zurückgelegt. Für die alten Tage, sagte sie. Und das hatte ihrem harten und schweren Leben eine gewisse Ruhe gegeben.

Ein Vergnügen, wie es sich andere dann und wann machten, kannte sie nicht. Ihr genügte an einem freien Sonntagmorgen ein Spaziergang hinaus in die Feider vor den Toren der Stadt. Natürlich nur zur Sommerzeit. Im Winter hatte sie am warmen Kachelofen auf dem amüblergen großen Lehnstuhl und träumte vor sich hin. Träumte von ihren sorglosen alten Tagen, die ihr bei ihrer Bedürfnislosigkeit ruhig und still dahinfließen sollten.

Aber die Zeit hatte es anders gemeint — anders mit ihr und mit gar vielen die ähnlich dachten wie sie, und ein ähnliches Leben verbracht hatten. Wohl waren ihre alten Tage gekommen. Aber die Sparfennige, die sie sich abgedarbt und abgehungert hatte, waren wertlos geworden. Kaum den zwanzigsten Teil desjenigen merzten sie von ebendem. Unter ihren krümmen, zitternden Fingern zerrann und zerbröckelte der kleine Schatz zusehends. Und von Tag zu Tag wurde alles teurer!

Die Alte wachte sich keinen Rat mehr. Die Tränen, die ihr zuerst unaufhaltsam geflossen waren, waren längst verlegt. Andere mit ihrer Not zu beschäftigen, ging ihr nicht in den Sinn. Zur Arbeit konnte sie feiner mehr gebrauchen, hatte auch kaum einer mehr Mittel überflüssig. Da war noch der Gasbahn, den sie öffnen konnte, wenn sie sich abends zur Ruhe legte. Und so fanden sie sie denn eines Morgens tot in dem gesegneten Zimmer — eine von den Vielen, die heutzutage auf die gleiche oder ähnliche Art aus dem Leben scheiden.

Ugel muß Strafe bleichen.

Am 14. Oktober hat das Breslauer Schöffengericht den Universitätsprofessor Ugel v. Freitagshoven wegen größtenteils beleidigenden Reden und Kreisdeputierten des Linken Tagespost zu 600 Mark Geldstrafe und Publikationsverbot verurteilt. Der vornehmste Junker hatte den Lehrer und Kreisdeputierten Eki Kanalgeruch genannt. Das Urteil führte hierzu aus:

Bei Abmessung der Strafe wurde erwogen, daß die Handlungsweise des Angeklagten in hohem Maße geeignet war, den Privatkläger verächtlich und lächerlich zu machen, einen Mann, von dem unwiderprochen behauptet wird, daß er sich des allgemeinen Ansehens seiner Mitbürger erfreut. Erschwerend fällt weiter ins Gewicht, daß eine detartige Kampfwaise gerade von einem Bildner der akademischen Jugend, wie es der Angeklagte ist, hätte vermieden werden müssen, zumal in einer Zeit, in welcher nur die Zusammenfassung aller Kräfte das Vaterland allenfalls noch retten kann.

Bei diesem Urteil hat sich der Angeklagte nicht berührt, sondern dagegen Berufung eingelegt, über die am 17. Januar vor der Breslauer Strafkammer verhandelt wurde. Der Angeklagte war, vielleicht weil er glaubte, daß dies auf den Gerichtspräsidenten einen besonderen Eindruck machen würde, im Gegenfatz zur ersten Instanz, persönlich erschienen. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Fritz, rechtfertigte die Berufung, abgesehen von den in der Vorinstanz vorgebrachten Ausführungen damit, daß der Artikel des Angeklagten überhaupt keine beleidigende Tendenz habe, sondern nur „eine politische Satire in geradezu klassischer Form“ darstelle. Sodann richtete er sich nicht gegen den Privatkläger, sondern gegen den Typus des Juden als Demokraten, da es ja bekannt sei, daß Demokraten und Juden dasselbe seien. Der Privatkläger habe nur die Vorlage zu der vom Angeklagten dargestellten Figur gegeben. Aus seinen politischen Reden und Schriften, die den Mitgliedern des Gerichtshofes sicherlich bekannt seien (!), wisse jeder, daß der Angeklagte zwar mit der gebotenen Schärfe, aber nie in verlebender Form kämpfe. Unzulässig sei es, wenn das Schöffengericht als strafschwerend seinen Beruf als Hochschullehrer und Bildner der Jugend heranziehe. Was er in dieser Eigenschaft außeramtlich tue, gehe niemand etwas an.

Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Foerderer, erwiderte hierauf:

Wenn der Angeklagte die niedrigen Beschimpfungen seines Auftrages nicht als beleidigend empfinde, so beweise das nur, daß er sich in den deutschen Kulturkreis noch nicht eingelebt habe, dem er freilich erst seit wenigen Jahren angehört. Sollte er ein erfahrener Politiker sein, so müßte er wissen, daß sich unter den Führern der Demokratie nur verschwindend wenige Juden befänden. Merkwürdig sei, daß er, dessen Partei sonst stets die Juden als Sozialdemokraten und Bolschewisten bezeichne, heute hierüber plötzlich anderer Ansicht sei. Als ganz unzulässig bezeichnete es der Vertreter des Privatklägers, wenn der Angeklagte hier durch die Erwähnung seiner politischen Schriften und durch das Aussprechen der Erwartung, daß der Gerichtshof sie tenne, einen politischen Zusammenhang zwischen sich und den Mitgliedern des Gerichtshofes konstruieren wolle. Das stelle eine unzulässige Beeinflussung dar, der ein deutscher Gerichtshof sicherlich unzugänglich bleiben würde. Von einem geringen Pflichtbewußtsein zeuge auch die Auffassung, als ließe sich die außeramtliche Tätigkeit des Angeklagten von seinem Beruf als Hochschullehrer trennen. Es sei ein leitender Grundlag des deutschen Beamtenrechts, daß jeder Beamte sich auch außerhalb seines Berufes der Würde seines Amtes entsprechend zu führen habe. Diesen Grundlag habe der Angeklagte aufs schärfste verletzt, zumal er genau wisse, daß sein Artikel von einem bestimmten Teile der Studentenschaft mit dem größten Eifer gelesen und blind nachgehakt würde. Der Angeklagte, dessen Wirken unsere innere Gerechtigkeit untergrabe, gehöre zu den laudiblen Elementen aus dem Osten, die in Deutschland nur Schaden anrichten.

Durch diese letzte Bemerkung fühlte sich Herr v. Freitagshoven anscheinend ganz besonders arg betroffen. Er entgegnete erregt, daß er ein Wallenprobling sei. Die Wästen hätten seit 700 Jahren die deutsche Kultur im Auslande hochgehalten. Im Anschluß hieran hielt er eine kleine Vorlesung über das Wesen des Schlüsselfromans. Als eine Abart dieser Literaturgattung wollte er seinen Artikel gegen den Privatkläger aufgefaßt wissen. Schließlich endete er mit der Behauptung, das deutsche Judentum trage, wenn nicht die ganze, so doch einen erheblichen Teil der Schuld an dem unglücklichen Kriegsausgang.

Der Vertreter des Privatklägers erwiderte, daß das Vorbringen dieser Anschuldigungen die Würde des Gerichts verletze und der Angeklagte sich hierdurch wohl den letzten Rest von Sympathie, den er vielleicht noch besitzen könnte, verlohren habe.

Nach kurzer Beratung verhandelte der Gerichtshof das Urte, dahin, daß die Berufung des Angeklagten verworfen sei und es bei dem erstinstanzlichen Urteil zu bleiben habe. Wir kommen auf den Fall morgen noch einmal zurück.

Die Wohnungsbau-Abgabe in den Ausschüssen.

pa. Der Finanz- und der Bauausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung beschloßen, in zwei auf einander folgenden, gemeinschaftlichen Sitzungen, die Magistratsvorlage über Erhebung einer Wohnungsbauabgabe der Vollversammlung mit der Maßgabe zur Annahme zu empfehlen, daß der Gemeindezuschlag für das laufende Rechnungsjahr auf 5 Prozent (anstatt 25 Prozent) und für das Rechnungsjahr 1922 auf 25 Prozent (anstatt 45 Prozent) des Gebäudesteuer-Nutzungswertes festgesetzt wird. Ferner gelangten zwei Anträge zur Annahme, deren einer geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Baukostenwunders fordert, während der andere eine Einwirkung auf die Staatsregierung in dem Sinne erstrebt, daß sie die von ihr erwarteten Zuschüsse für den Kleinwohnungsbau rechtzeitig und in einer Höhe bereit stellt, die nicht nur dem hiesigen Steueranfall entspricht, sondern darüber hinaus der in Breslau herrschenden Wohnungsnot in ausreichendem Maße Rechnung trägt. Ferner wurde beschlossen, die Vorlage als dringlich zu behandeln und außerhalb der Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Beratung zu stellen.

Beihilfungsbeiträge für Angehörige von Kriegsgefangenen.

Der Vorkriegsverband Breslau schreibt uns:

Der Minister des Innern hat durch Erlass vom 21. Dezember v. J. mitgeteilt, daß auch für 1921 aus Reichsmitteln eine Beihilfungsbeiträge gewährt werden darf, sofern Hilfsbedürftigkeit vorliegt. Diese wird in erster Linie durch den Bezug noch laufender Wehrunterstützung nachgewiesen. In Betracht kommen: Die Angehörigen der am 1. 12. 1921 in Gefangenschaft noch befindlich Gewesenen, die ohne besondere Anträge die Unterstützung erhalten, und die Angehörigen derjenigen Kriegsgefangenen, die unmittelbar nach Rückkehr aus der Gefangenschaft in stationäre Lazarettsbehandlung sich begeben mußten und sich am 1. Dezember 1921 noch dajelbst befanden. Diese Gruppe der Empfangsberechtigten muß einen entsprechenden Antrag im Büro für Wehrunterstützung, städtische Parade am Neumarkt, Zimmer 16, umgehend stellen, da nach dem 31. März 1922 Anträge nicht mehr entgegengenommen werden dürfen. Beizubringen sind die amtlichen Nachweise, daß der betreffende Empfänger Kriegsgefangener war, und daß er sich am 1. Dezember 1921 noch in stationärer Lazarettsbehandlung befand.

Angehörige Vermittler haben keinen Anspruch, desgleichen nicht die Angehörigen der nachweisbar schon gestorbenen Kriegsgefangenen.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

1. Sonntags-Unterhaltungsabend am 22. Januar. Am kommenden Sonntag beginnen wir in der Aula der Viktoriaschule, Bismarckstraße 9, mit einer neuen Art von Veranstaltungen, von der wir hoffen, daß sie in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau verlangen wird, da sie einem dringenden Bedürfnis entspricht: das sind die Sonntags-Unterhaltungsabende.

Zwar ist es schwer zu begreifen, daß in dieser schweren Zeit so viele Menschen am Sonntag nichts Besseres anzufangen wissen, als in Kinos, Kneipen, Tanzlokalen und dergleichen, Geld und Zeit zu verbringen. Alles Weshalben über diesen Zustand ist aber wertlos, wenn man nicht dafür sorgt, daß genügend gute, zwar durchaus auf volkstümliche, allgemeinverständliche Unterhaltung eingestellte, dabei aber auch vom Standpunkte der Volksbildung zu veranwortende Veranstaltungen zu möglichst billigen Eintrittspreisen da sind!

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, werden nun drei beliebte Breslauer Künstlerinnen: Willi Frank (Gesang), Hanna Schmad (Geige) und Käthe Sträußler (Klavier) ein Konzert geben, das mit Werken von Mozart, Schubert, Mendelssohn, Chopin, Brahms usw. zwar nur gute Musik bringt, das aber so zusammengestellt ist, daß auch derjenige eine genussreichen Abend erleben wird, der noch nicht häufiger Konzertbesucher ist.

Um wirklich allen den Besuch des Abends zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis auf nur eine Mark festgelegt. Eintrittskarten an der Abendkasse beim Eingange in die Aula.

Jeder nun, der mit dem oben geschilderten Sonntags-Treiben — gerade auch vieler Jugendlicher — nicht einverstanden ist, helfe uns in der Abwehr dagegen und lorge mit aller Energie dafür, daß der Unterhaltungsabend am Sonntag von seinen Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen, zahlreich besucht wird. Die großen Volksbildungsziele unserer Zukunft können nur erreicht werden durch tatkräftige, unentwegte Zusammenarbeit aller Einsichtigen!

Der Kampf um die Arletiuschule.

Der Magistrat will bereits am 1. April 1922 die Arletiuschule durch die Frauenberufsschule und das Gewerbelehreinnen-Seminar belegen lassen. Das hat bei den Eltern der Südborstadt große Beunruhigung hervorgerufen, denn 15-20 000 Kinder müssen umgeholt werden. Die Elternbeiräte und die Lehrerschaft des Südborstens hatten sich deshalb am Mittwoch abend nochmals in der Arletiuschule versammelt, um gegen dieses Vorhaben energisch Protest zu erheben. Die Elternschaft ist der Ansicht, daß die Volksschulen den Volksschulkindern gehören. Sie werden schon tiefmütterlich genug beharrest.

Es wurde deshalb noch länger Aussprache eine Deputation gewählt, die am heutigen Tage bei der Stadtverordnetenversammlung und dahin vorstellig wird, daß sie den Antrag des Magistrats ablehne. Sollte dieser Schritte zwecklos sein, so wird in kürzester Zeit eine Massenversammlung aller Eltern des Südborstens einberufen, und die Elternschaft erwartet bestimmt, daß sich alle Volksschullehrern mit den Eltern der Arletiuschule solidarisch erklären.

Die neuen Anhängewagen der hiesigen Straßenbahn.

Als Zeichen dafür, daß unsere hiesigen Straßenbahn nicht allein befreit ist, mit den technischen Neuerungen anderer Straßenbahnen Schritt zu halten, finden daß sie auch in der Lage ist, wesentliche Verbesserungen zu schaffen, können die neuen Anhängewagen gelten, die in den letzten Monaten in den Betrieb der hiesigen Straßenbahn eingesetzt worden sind.

Beim Betreten der Wagen übertrifft zunächst die Höhe und die Richtigkeit, die im wohlthuenden Gegensatz zu den alten Wagen

mit flechem Dache stehen. Aber auch gegenüber den modernen, erst im Jahre 1913 angeschafften Wagen mit Oberlicht, sind die Raumverhältnisse bedeutend günstigere, vor allen Dingen macht sich in diesen Wagen Tabaksqualm und Zugluft bei weitem nicht so bemerkbar. Volk zur Geltung kommen aber erst die Wagen im Sommer, wenn das Wetter die Fenster zu öffnen gestattet. Abweichend von den sonstigen Ausführungen werden die Fenster nicht in der Seitenwand verlegt, sondern nach oben geschoben. Da die Bedienung der Fenster durch innere Einrichtung äußerst leicht ist, hat ein plötzlicher Plakregen seine Schrecken verloren. Die Ausführung der Wagen selbst ist durchaus einwandfrei und braucht das Urteil des Fachmannes nicht zu scheuen. Das muß besonders hervorgehoben werden, weil die Wagen in der eigenen Werkstatt der Straßenbahn erbaut sind. Die Straßenbahn kann mit Recht stolz auf ihre Arbeit sein; sie spricht dafür, daß die technische Leitung sich fortschrittlichen Bestrebungen nicht verschließt.

Selbstverschuldet.

Daß Einsprüche gegen die Kündigung oft auch ohne rechtliche Begründung eingelegt werden, zeigte eine kürzlich vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundene Verhandlung. Einem seit April 1919 beim Fernsprechamt beschäftigten Fräulein K. war zum 31. Dezember gekündigt worden. Sie wandte sich nun an den Schlichtungsausschuß, aber ohne Erfolg. Der Schlichtungsausschuß wies ihren Einspruch zurück, da aus der Verhandlung hervorging, daß sie bereits im August selbst erklärt hatte, sie werde vom November, spätestens vom Januar ab, ihren Beruf wechseln; sie habe zum mindesten sehr inaktivistisch gehandelt, denn nach am 1. November hätte sie Gelegenheit gehabt, gegen die Kündigung Einspruch zu erheben, hatte dies aber unterlassen.

\* Metalldiebstahl in einer Eisenbahnwerkstatt. In dieser Nacht in unserer Nummer vom 7. Januar, wird uns mitgeteilt, daß die Diebstähle nicht von einem Klempner, sondern von einem Werkführer ausgeführt wurden.

\* Ausgehobenes Spielernett. In einer Gastwirtschaft auf der Margarethenstraße hat die Polizei in der Nacht zum Sonntag (15. d. Mts.) eine Anzahl von Personen beim Glücksspiel übertracht. Die Persönlichkeit der Spieler wurde festgestellt und das vorgefundene Spielgeld beschlagnahmt.

\* Eine Zehnschwinderin. Am 28. 12. kehrte in eine Gastwirtschaft auf der Hummerlei eine Frau, die sich als Geschäftsfrau ausgab, in Begleitung einer Freundin und zweier Herren ein, und machte dort eine Zecher von 150 Mark. Im Laufe der lebhaften Unterhaltung erzählte die Bekannte, sie erhebe am nächsten Tage einen Lotteriegewinn von 20 000 Mark und lasse daraufhin etwas springen. Sie erklärte dem Kellner, daß sie gegenwärtig nicht soviel Geld bei sich führe und barge von ihm noch eine Summe mit dem Zweck, am nächsten Tage alles zu begleichen. Aber sie ging mit ihrer Begleitung davon und ist nicht mehr wiedergekommen. Die Polizei hat sie ermittelt und vorgestern festgenommen.

\* Ungetreuer Selbstschußwachtmeister. In den letzten Tagen hat die hiesige Polizei einen Chauffeur festgenommen wegen Unterstellung, die er als Wachtmeister einer Selbstschußkompanie angetraut. Es waren ihm die Pferde der Kompanie anvertraut. Die Gelegenheit benutzte er, um fünf Pferde an einen Pferdehändler in Breg für den Betrag von 15 000 Mark zu verkaufen. Das Geld hat der Mann für sich verbraucht. Der Pferdehändler freilich ist der Betrogene, denn er mußte die fünf Pferde dem Selbstschuß wieder zurückgeben. Der ungetreue Wachtmeister, jetzige Kraftwagenführer, wird jetzt vom Richter seine Strafe erhalten.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Bereinigte Theater. Am Donnerstag geht im Lobe-Theater Shakespeares „Macbeth“ in Szene. Am Freitag ist für die Kunstgemeinde (Serie D) eine Aufführung von „Der Feldherrnhügel“ und am Sonnabend findet die Erkaufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ statt; die Regie hat Julius Arnfeld, die musikalische Leitung Dr. Mik. Das Bühnenbild gestaltet Hanns Gröninger.

Im Thalia-Theater wird Donnerstag „Im weichen Röhl“, mit Oskar Will als Gast und in Alexander Marichs Inszenierung zum ersten Male wiederholt. In Vorbereitung befinden sich Neutrons „Bosse „Lumpaci vagabundus“ Stadttheater. Heute 7 1/2 Uhr „Carmen“. Morgen 6 Uhr „Die Weiberlinger von Nürnberg“.

Das wegen des Eisenbahnstreiks abgelegte Gastspiel des Kammerjägers Adolf Költgen ist nunmehr für den 25. und 27. Januar festgesetzt und zwar singt Herr Költgen am Mittwoch, den 25., den Radames in „Ida“ und am 27. den „Tannhäuser“.

Schauspielhaus. Operettenbühne. Donnerstag „Wenn Liebe erwacht“, Freitag „Die Tanzgräfin“, Sonnabend zum ersten Male „Die Straßenjägerin“. Sämtliche Leitung Oberpielleiter Fritz Karl. Musikalische Leitung Franz Marszalek.

Veeseball. Die Dresdener Kammerjägerin, Frau Margarete Siems, bekanntlich ein unvergessener Liebling des Breslauer Publikums, hat sich telegraphisch bereit erklärt, nach längerer Pause in Breslau wieder einmal aufzutreten. Das hochinteressante Ereignis wird sich am 31. d. Mts. im Wappenhof beim Presseball vollziehen. Der Reinertrag der Veranstaltung fließt den Wohlfahrtseinrichtungen des Verbandes der Schlesischen Presse zu.

Die Ausgabe der Karten erfolgt nicht, wie irrtümlich angegeben, zwischen 9 und 11 Uhr, sondern zwischen 11 und 1 Uhr vormittags und 3 und 6 Uhr nachmittags im Festsaal des Weidenstraße 30.

Das Radium-Ballett, welches im 6. Bild des Manega-Schaustüdes „Die Nibelungen“ allabendlich zur Aufführung kommt, ist eine Sensation, wie sie auf lang-jährigem Gebiete in Breslau noch nie gezeigt wurde, und findet großen Beifall. Der Vorverkauf für den Zirkus Busch ist bei Barack und an den Zirkustafeln.

Bereinstalender.

Deutscher Kuchnerverband. Zirkus Breslau. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Alles aus dem Kuchnerberuf hat zu erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung ist.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Schwib-Gantzh. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Roberwitz bei Stöhr, nachmittags 2 Uhr in Jachshönu bei Franke, eine Bauarbeiterversammlung statt. Jeder Kollege und jeder Arbeitslose hat bestimmt zu erscheinen.

Achtung, Steinarbeiter! Freitag, den 20. Januar, abends 6 1/2 Uhr, Uferstraße 26 Versammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Freie Kadervereinigung Breslau e. B. Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, ordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Achtung, Maschinenisten, Achtung! Alle Kollegen und Kolleginnen, welche mit Maschinenbau beschäftigt werden, eruchen wir an einer Besprechung für Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Büro Margarethenstraße 17, III, Zimmer 66, teilzunehmen.



# Volksmacht

für Schlefien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlefien 1,30 Pf., auswärts 1,55 Pf. Anzeigen unter 2 Zent 5,50 Pf., auswärts 4.— Pf. Familienanzeigen 0,60 Pf. Erdenangeboten, Stellengesuche, Berechn., Beurlaubungs- und Wohnungs-Anzeigen 0,50 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 0,50 Pf., das fette Wort 1,00 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Gauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 2,50 Pf., monatlich 10,50 Pf., vierteljährlich 32,50 Pf.

## Die Steuerpolitik als Kabinettsfrage.

### Unsere Steuerpolitik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm Mittwoch nachmittag den Bericht des Genossen Hermann Müller über die bis dahin Steuerverhandlungen entgegen. Genosse Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß angesichts der schweren, von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgesehenen Besteuerungen als durchaus unzureichend erscheinen. In Bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag möglich sein wird, zu einem die Sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte sich Genosse Müller skeptisch. Er wies auch auf die große Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform stützen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders auch der äußeren Lage bedeuten würde.

In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, den Gedanken der Erfassung der Sachwerte gelegentlich zu verwirklichen, eingehend diskutiert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erwägungen gezogen wurde. Die Beratungen dauerten in später Abendstunden noch fort und sollen Donnerstag vormittag 10 Uhr fortgesetzt werden.

Ein Teil der Berliner Morgenpresse schreibt zu der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß die Einigung heranzureifen scheint. Die „Vossische Zeitung“, die bisher mehrfach gemeldet hat, daß das Steuerkompromiß bereits fertig ist, schreibt heute morgen:

„Die Schwierigkeiten, die die Steuerfragen bereiten, sind noch sehr beträchtlich und ihre Lösung noch nicht durchsichtig.“

### Die unzureichende Form des Reichsnotopfers

Für die bisherige Wirkung der Besitzsteuern ist bezeichnend, daß von den bis Juni 1921 eingezahlten Zahlungen von 15 Milliarden auf das Reichsnotopfer über 10 Milliarden durch Kriegsanleihe geleistet wurden. Für die weiteren Monate des Jahres 1921 ist dasselbe Verhältnis anzunehmen. Nur der Rest erfolgte in Barzahlungen. Man ersieht hieraus, daß das Reichsnotopfer in der bisherigen Form lediglich auf eine Ründigung der Kriegsanleihe hinausläuft und zwar zu einer Zeit, in der das Reich sich in der ärgsten Finanznot befindet und an eine Tilgung von Anleihen nicht denken kann. Diese Feststellungen sind besonders beachtenswert, weil gewisse Steuerkompromißvorschläge darauf hinauslaufen, die neuen Besitzsteuern an das Reichsnotopfer anzuknüpfen.

### Das Reichsdefizit.

Wie wir hören, beträgt die Gesamtbelastung des Reichs Etats für das Jahr 1922 vorläufig 165 Milliarden Mark. Dieser Belastung steht abzüglich der neuen Gehälter für die Beamten und Staatsarbeiter eine Einnahme von 15 Milliarden gegenüber, so daß also mit einem ungedeckten Etat von 90 Milliarden zu rechnen ist. Statt nun Versuche zu machen, eine Deckung für diesen Etat herzustellen, langweilen sich die bürgerlichen Parteien auch weiter in unnützen Verhandlungen über unnötige Dinge. Es scheint, daß selbst das Reichsfinanzministerium keine große Neigung besitzt, für eine Deckung des Etats vor Abschluß der Konferenz in Genua Sorge zu tragen.

### Wie der Großgrundbesitz sich zur Steuer einrichtet.

Für die Veranlagung der Reichseinkommensteuer wird bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten jede Mark versteuert, indem der volle verdiente Lohn oder das volle Gehalt, abgesehen von den gelegentlich zulässigen Abzügen, durch den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuer herangezogen wird. Bei den selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden wird als Einkommen ein Betrag vom Jahresumsatz in Höhe von 10—15 Prozent berechnet. Der Handwerker und Gewerbetreibende ist durch diese Art der Einkommensfeststellung gegenüber dem Lohn- und Gehaltsempfänger im Vorteil. Noch viel größer sind aber die Einkommens- und Steueranteile, die der Landwirt genießt, und zwar um so mehr, je größer die von ihm bewirtschaftete Fläche ist. Wie wir erfahren, hat der Kreiswirtschaftsverband Lauban in Niederschlesien im Einvernehmen mit dem Finanzamt Lauban unter Leitung des Regierungsrates v. Bindeck Einkommenssätze pro Morgen Grund und Boden aufgestellt, gestaffelt nach der Morgenzahl der Wirtschaften und Landgüter. Es soll auf Grund dieser Aufstellung berechnet werden von

Wirtschaften bis 20 Morgen	375—450 Mk. Einkommen pro Morgen
„ „ 50 „	300—375 „ „ „
„ „ 100 „	225—300 „ „ „
„ „ 200 „	150—225 „ „ „
„ „ 400 „	100—150 „ „ „
„ „ 1000 „	und mehr 50—100 Mk. Ent. pro Morg.

So schenken die Agrarier den Ertrag ihres Landes ein, wenn es gilt, Steuern zu zahlen. Der kleine Wirtschaftsbefitzer kann bluten, jeden Morgen Land seiner Scholle soll er mit 375—450 Mark oder mit 300—375 Mark Einkommen angerechnet bekommen und versteuern, während der Großagrarier mit 1000 und mehr Morgen Land nur 50—100 Mark Einkommen aus jedem Morgen Land versteuern soll. Der Großagrarier dücker sich also einen 4/7—7/8mal niedrigeren Ertrag an, als er für den kleinen Landwirt berechnet wird. Beim Steuergesetz war es anders, da wurde von den

Großagrariern statistisch nachzuweisen versucht, daß nur die Großlandwirtschaft ertragsfähig wirtschaftet. Durch diese Begründung sollte möglichst verhindert werden, Land an den Kleinbesitz abzugeben. Durch die Kritik eines Parteigenossen in einer Kreissteuerausstellung für den Steuerbezirk Seidenberg Kreis Lauban wurde erreicht, daß sich die Mehrheit entschied für ein Einkommen bei Wirtschaften mit 200 Morgen und mehr auf 150 Mark pro Morgen in Zone 1 und auf 130 Mark pro Morgen in Zone 3 zu bemessen. Damit wurde die große Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Landwirten wenigstens etwas beseitigt.

### Die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse

setzte sich am Mittwoch fort. Dollarkurse erreichten in Berlin zeitweise einen Kurs von 192—194. Antisch notierten Kabel New York 189,25, London 800, Holland 6920. Die Spekulation weist darauf hin, daß die Reichsregierung genötigt ist, monatlich für 30 Millionen Goldmark Reparationsdevisen zu beschaffen.

### Vertrauliche Berichterstattung über Cannes.

Am Mittwoch vormittag trat der auswärtige Ausschuss zusammen, um einen Bericht Dr. Rathenau über die Verhandlungen in Cannes entgegenzunehmen. Die Verhandlungen waren vertraulich. Man erfährt aber immerhin, daß Rathenau mit seiner Berichterstattung über die Verhandlungen in London und Cannes auf den Ausschuss harten Eindruck gemacht hat. Helfferich und Stinnes griffen Herrn Dr. Rathenau in sachlicher Form heftig an. Rathenau wählte aber seinen Gegnern geschickt und mit reichhaltigem Beweismaterial zu antworten.

### Die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag gehen weiter.

Einer Reutersmeldung zufolge gaben heute Lloyd George und Lord Curzon vor dem britischen Kabinett Erklärungen ab über die Verhandlungen in Cannes und über die Unterredung mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Es werde augenblicklich über die mögliche Grundlage eines englisch-französischen Vertrages beraten. Unüberwindliche Hindernisse seien nicht vorhanden.

### Sozialistische Wiederaufbaukonferenz in Genua?

Kopenhagen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der dänische Parteivorstand Genosse Stauning forderte in einem Schreiben an den Genossen Henderson die englische Arbeiterpartei auf, eine internationale sozialistische Wiederaufbaukonferenz nach Genua einzuberufen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigte sich am Dienstag mit der von der Wiener Arbeitsgemeinschaft geplanten internationalen sozialistischen Konferenz, zu der auch die Kommunisten eingeladen werden sollen. Trotz aller grundsätzlichen Bedenken gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten beschloß der Parteivorstand, der Einladung zuzustimmen. Dieser Beschluß kam zustande, weil die deutsche Sozialdemokratie vor allem das Bestreben hat, mit der französischen sozialistischen Partei gemeinsam zu verhandeln.

### Die deutsch-polnischen Rechtsorgane für OS.

Als Leiter der 12. Unterkommision bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen hat Minister a. D. Dr. Simons in den letzten Tagen zahlreiche Rücksprachen innerhalb der deutschen Delegation und der einzelnen Mitglieder der polnischen Delegation gehabt.

Bekanntlich liegt es dieser Unterkommision vor allem ob, die beiden Organe, die in der Genfer Entscheidung für die Vebereicherung der Ausführung des zu schließenden Abkommens vorgesehen sind — die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht — in bezug auf Organisation, Zuständigkeit und Verfahren vorzubereiten. Dabei handelt es sich um außerordentlich schwerwiegende Fragen. Während auf der einen Seite die Zuständigkeiten jener beiden Organe in möglichst eingehender und klarer Fassung festgelegt werden müssen, ist andererseits darauf Bedacht zu nehmen, daß tiefere Eingriffe in die Souveränität der beiden beteiligten Staaten tunlichst vermieden werden. Man wird sich weiter über die Zusammenfassung der beiden Kommissionen und die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander klar werden müssen. Insbesondere wird zu prüfen sein, welcher Kreis von Angelegenheiten unter die Zuständigkeit der beiden Kommissionen fällt, ob ihre Entscheidungen unmittelbar vollstreckbar, ob ihr Schiedspruch nur von den beiden beteiligten Staaten oder auch von Privatpersonen verlangt werden kann, und in welcher Weise alle anderen Fragen geregelt werden sollen, die bei dieser völligen Neuordnung der Dinge als zweifelhaft hervortreten könnten. Eine endgültige Entscheidung über alle diese Probleme wird naturgemäß erst getroffen werden können, wenn die Beschlüsse der übrigen Unterkommisionen vorliegen. Dann erst wird ein Überblick über das praktische Bedürfnis, insbesondere darüber möglich sein, ob etwa für einzelne Gebiete Sonderberücksichtigungen einzurichten oder ob bei bestimmten Entscheidungen Sachverständige aus den betreffenden Gebieten heranzuziehen sind. Die Arbeiten einer Reihe von Unterkommisionen können im wesentlichen als beendet angesehen werden, in voller Tätigkeit arbeiten jedoch neben der 12. Unterkommision noch die Unterkommisionen für das Zollwesen, für Rechtsfragen und den Minoritätenschutz. Letztere wird ihre Arbeiten — wie von Anfang an vorgesehen — erst in Genf zum Abschluß bringen. Während einzelne der noch vorliegenden Streitpunkte beigelegt werden konnten, tauchen andere neu auf. Wie das endgültige Ergebnis der Verhandlungen beschaffen sein wird, insbesondere ob ein Schiedspruch durch den Präsidenten Calonder herbeiführbar sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

### Polnische Politik.

Durch die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain, durch den Rigaer Frieden Polens mit Sowjetrußland und durch die oberischlesische Entscheidung, also durch eine Reihe von Akten und Nachwirkungen der Feindschaft der Entente gegen das geschlagene Deutschland und das bolschewistische Rußland, hat Polen so viel Gebiet mit fremdnationaler Bevölkerung ohne viel eigene Anstrengung zugewiesen bekommen, daß die Verdaulichkeit dieser Fremdkörper dem jungen, nicht aus eigener Kraft entstandenen Staatswesen trotz der robusten polnischen Vernichtungstriebe gegen wehrloses fremdes Kulturleben gar nicht recht gelingen will. Wenn heute überall dort, wo polnische Soldaten und Bürokraten regieren, allgemeine Wahlen zum Warschauer Sejm, dem polnischen Parlament, ausgeschrieben wurden, und wenn man einmal theoretisch annehmen wollte, daß diese Wahlen auch ohne Terror und amtlichen Druck durchgeführt werden könnten, so würde das Wahlergebnis ein merkwürdiges Bild von dem Erfolg des großen Kampfes um die „Befreiung der Nationen“ im europäischen Osten ergeben. Die schwere Wirtschaftskrise, besonders in der Lodzer und Warschauer Industrie, würde mit Sicherheit zur Folge haben, daß eine ganze Anzahl von Kommunisten gewählt würden, die dem Nationalpolentum in jeder Form mit äußerster Feindschaft gegenüberstehen. Dazu aber kämen bei einem gerechten Verhältniswahlrecht, etwa nach deutschem Muster, so viele Abgeordnete deutscher, ukrainischer, litauischer, weiß-russischer Nationalität und Nationaljuden, daß alle polnischen Parteien von den reaktionären Nationaldemokraten bis zu den polnischen Sozialisten mit größter Wahrscheinlichkeit im polnischen Landtag dann nur eine Minderheit ausmachen würden. Es müßten schon sehr viele Angehörige nationaler Minderheiten ihrerseits auf die Wahl von Kandidaten ihrer Nationalität verzichten, wenn etwa die in Krakau neu gegründete und anscheinend auf Kosten der rechts von der zweiten Internationale stehenden polnischen Sozialdemokratie (P.P.S.) rasch wachsende neue Unabhängig-Sozialistische Partei in Polen das Jünglein an der Waage zwischen Polen und Nichtpolen würde.

Aber die Wahl eines solchen Parlaments wird eben um dieser Aussicht willen von den polnischen Machthabern wohlweislich verhindert werden. Der jetzige polnische Landtag zeigt wenig Lust zu Neuwahlen, und wenn ihm diese über kurz oder lang aufgedrängt werden, so werden diese aus Gründen der Selbsterhaltung des polnischen Staates und seiner herrschenden Klasse natürlich ganz anders vor sich gehen, als solche allgemeinen Wahlen, wie wir sie da zu unserer Belehrung einmal berechneten.

Gegenwärtig kann sich der polnische Staat es ja noch leisten, seine fremdnationalen Minderheiten auf das schärfste zu unterdrücken, ohne davon anderen Schaden zu haben als den Ruin oder die Abwanderung wirtschaftlich tüchtiger Steuerzahler, wie etwa der 50000 Deutschen, die jetzt gerade für Deutschland optiert haben, obgleich sie deswegen ihre westpreussische oder polenische Heimat in kurzer Zeit verlassen müssen. Zu dieser inneren Schädigung der Wirtschaft des polnischen Staatsgebietes kommt bisher noch nicht die böseste Nachwirkung, die die Verfeinerung eines Staates mit seinen nationalen Minderheiten haben kann, kommt noch nicht die aktive Verbündung dieser Minderheiten mit ausländischen mächtigen Staaten. Deutschland ist in seiner Bewegungsfreiheit auch gegen die schlimmsten polnischen Uebergriffe durch das polnisch-französische Bündnis gehemmt, das gegenwärtig reichlich genügt, unser geschlagenes Land in Schach zu halten und dessen Ergänzung durch eine englische Garantie selbst im Kopf des Herrn Poincaré, der diese Ergänzung vor schlägt, gegenwärtig mehr diplomatisch taktische und erst für eine ferne Zukunft militärisch praktische Bedeutung haben dürfte. Die Losreißung der in den abgetretenen Gebieten wohnenden Grenzdeutschen von der fremdnationalen Herrschaft kann die deutsche Politik, wie hier wiederholt ausgeführt worden ist, nicht zum Zielpunkt nehmen, da sie sich damit einen Ring feindlicher Grenzschutzkräfte schaffen würde, denen durch den Versailler Vertrag ja Ost-, West-, Norden und Süden überall deutsche Minderheiten ausgeliefert wurden. Deutschland bleibt also auch gegenüber den Volksgenossen unter polnischer Herrschaft, nur die friedliche Pflege des Kulturzusammenhanges übrig.

Von den Ila mi j e n R a c h b a r s t a a t e n Polens, die ebenfalls erst der Versailles Vertrag neu geschaffen hat, kommt keiner für sich allein als offener Gegner Polens in Betracht und nur das kleine Bauernland Litauen kann in eine Lage kommen, die es zum Zusammengehen mit jedem anderen Gegner Polens zwingt, um sich vor der politischen Halbierung der litauischen Nationalität durch Polen oder der völligen Aufsaugung seines kleinen Staatswesens durch den ausdehnungslustigen Nachbarn zu schützen. Sowjetrußland aber endlich ist, wie der russisch-polnische Krieg 1920 zeigte, und wie seine friedensbedürftige allgemeine Politik infolge der inneren Zerrüttung beweist, auf längere Zeit hinaus zu keinem aktiven Vorgehen gegen seinen polnischen Besieger im Stande. Gelegentliche scharfe Notenkriege des letzten Jahres haben schließlich doch zu einer gewissen wirtschaftlichen Annäherung der beiden osteuropäischen Wirtschaftseinheiten geführt. (Schluß folgt.)

### Eine polnische Leidenzmeldung.

Die „Gazeta Dziennik Gdansk“ behauptet in der Nummer vom 8. Januar, daß die Deutschen im Reichsgebiet diejenige zehntelnde Güterbesitzer auszuweisen beginnen, die über dreitausend Morgen besitzen. Auf diesen Gütern sollen deutsche Kolonisten zur Verbreitung und Kräftigung des Deutschtums angesiedelt werden. Auf Grund der an zuständigen Stellen eingegangenen Erläuterungen ist, wie die Pressestelle des Oberpräsidenten Königsberg mitteilt, festgestellt worden, daß von den deutschen Behörden derartige Ausweisungen polnischer Güterbesitzer nicht erfolgt sind.

## Der schweigsame Ludendorff und die Dolchstoßlegende.

Von Müller-Brandenburg.

Im „Berliner Tageblatt“ hat der Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherr v. Schönaich sich vor einigen Tagen in trefflicher Form gegen die Dolchstoßlegende gewandt. Man darf es mir nicht übelnehmen, daß ich darüber große Genugtuung empfinde. Ich bin der erste Offizier in Deutschland gewesen, der der Lüge vom Dolchstoß vom militärischen Standpunkt aus auf den Leib rückte. Es war 1919 mit meiner Schrift „Von der Marne zur Marne“. Was war die Folge? Eine wüste Hege, Verleumdungen jeder Art, Ehrlosenerklärung durch das Offizierkorps, weil ich „den obersten Kriegsherrn“, die „Führer des Heeres“ und damit die Armeen „beischimpft“ hätte. Sachlich hat mich n i e m a n d bis zur Stunde widerlegt. Im Gegenteil! Jetzt kommt ein hoher Offizier nach dem andern und sagt daselbe, was ich gesagt habe. Selbstverständlich ist dabei, daß niemand von all den Herren mein Buch erwähnt. Ich bin ja ein ehrloser Geselle! Den schweigt man tot. Aber an der Wahrheit kommt man nicht vorbei! Und so bestätigt einer nach dem andern von den Männern, denen schließlich die Wahrheit das Höchste ist, meine Behauptungen. Das genügt mir. Denn, wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Nicht, sagt ein Sprichwort. Tausende von denen, die mich für ehrlos erklären, wissen die Wahrheit, aber schweigen. Diese „Nächte“ sehen in unser einem einen „ehrlösen“ Kerl. Mögen sie!

Daß es heute noch recht gefährlich ist, die Wahrheit zu sagen, das zeigt die Einleitung der Aufsatzreihe des Generals v. Schönaich. Der hohe Offizier steht sich genötigt, einleitend folgende Bemerkungen zu machen:

„Wer als ehrlicher Wahrheitsucher seine früheren Ansichten ändert, ist ein Ehrenmann. Wer seine Ansichten ändert, weil er persönlich mit einer anderen Ansicht bessere Geschäfte zu machen hofft, ist ein verächtlicher Schädling. Wer seine Ansichten nicht ändert, weil er nicht erkennt, daß die Zeiten über ihn hinweggehen, mag ein hoher Ehrenmann sein, ob er klug ist, kann nur die Zeit selbst zeigen. Zum Eingestehen begangener Fehler gehört zweierlei: die Erkenntnis des Fehlers und Mut. Wer den begangenen Fehler als solchen erkennt, aber nicht den Mut findet, ihn einzugestehen, ist ein Feigling.“

So Herr v. Schönaich! In ganz ähnlichen Worten habe ich mich vor einigen Monaten in der Chemnitzer „Volksstimme“ geäußert, anlässlich von Betrachtungen über die „Schuldfrage“, bei welcher Gelegenheit ich ganz offen meine eigene fehlerhafte Rolle vor dem Kriege skizzierte.

v. Schönaich schreibt: „Die Pflicht gegen das Vaterland erfordert rückhaltsloses Eingeständnis begangener Fehler.“ Die Herren von Ludendorff, Bauer usw. denken da anders. Herrn Ludendorff habe ich in einer kurzen Aufsatzreihe in der „Flauerer „Volksstimme“ im November 1921 seine strategischen Sünden im Jahre 1918 vorgehalten. Sächsische deutschnationale Organe erklärten mütend, daß man das „Geklaff“ und „Geschimpf“ demnächst militärwissenschaftlich widerlegen wolle. Zwei Monate sind unterdessen ins Land gegangen, ohne daß die Widerlegung erfolgt ist. Sie ist nicht erfolgt, trotzdem Herr Ludendorff die Aufsatzreihe kennt, ebenso wie die Angriffe, die ich in der „Marne zur Marne“ gegen ihn gerichtet habe. Der Beweis dafür ist schwarz auf weiß in meinen Händen. Ludendorffschweig! Er weiß, warum er schweigt!

Wird er auch zu den Ausführungen des Generals v. Schönaich schweigen? Oder ist der auch, weil er die Wahrheit sagt, „ehrlös“ geworden?

Was sagt v. Schönaich?

1918: „Gelang es, den Stoß bis zum Meere bei Abbeville durchzuführen, dann war die Front der Alliierten getrennt. . . . Dieses große Ziel ist nicht erreicht worden. Die Offensive kam vor Amiens zum Stillstand, ohne diesen Hauptknotenpunkt zu unterbinden.“ Dann spricht Schönaich von den nun folgenden neuen Offensiven (Ys, Chemin, Kopon, Reims): „So entstand der neue Kriegsplan, durch fortgesetzte neue Offensiven den Feind zu zermürben. Diese Offensiven sind teilweise schon in den Anfängen erstickt worden, mehr als Augenblickserfolge hat keine gehabt. Die Verluste waren enorm. Der Erfolg aus der Heimat an Menschen und Material war gering, die Frontlinie wurde immer länger, dünner und verwundbarer, während der Gegner täglich Verstärkung durch die nun regelmäßig eintreffenden Amerikaner erhielt. Die nackte Tatsache ist die, daß die Aussichten für eine entscheidende Offensive im Frühjahr 1918 gut waren, daß der Erfolg trotzdem ausblieb, und die Ereignisse nun zur Begehung von Fehlern führten.“

Das sagt der General v. Schönaich. Nichts anderes steht in meiner Marne-Schrift, in meinen Aufsätzen in der „Globe“, Chemnitzer „Volksstimme“, der in Flauen, wie im „Jenaer „Volk“. Ja, General v. Schönaich geht noch weiter als ich. Für ihn war der Krieg schon als endgültig verloren zu betrachten, als mir vor Amiens liegen blieben! Ich habe nur die Auffassung vertreten, daß der Krieg verloren war, als Ludendorff sich durch den Chemin-des-Dames-Erfolg zwei Monate später dazu verleiten ließ, sein strategisches Ziel Calais, also das Meer, fallen zu lassen und nach Paris wollte. Will sich Herr Ludendorff nicht endlich erklären? Was hat er zu der Schrift des Majors a. D., jetzigen Archivrat im Reichsarchiv, Fehr, über die Offensive 1918 zu sagen? Der Verfasser, der so monarchistisch denkt, daß er nur von „Sr. Majestät“ spricht, wenn er auf Wilhelm II. zu sprechen kommt, ist doch wohl völlig des Vorwurfs enthaben, Herrn Ludendorff „beischimpfen“ zu wollen. Und trotzdem die Kritik! Eine Kritik, die meiner Ansicht nach, trotz der höflichen Worte, für Ludendorff viel peinlicher ist, als alles andere.

Herr Ludendorff täte gut, sich einmal über all diese Dinge zu äußern, statt sich in sozialistischem und antisemitischen Schriften zu ergehen. In der D. S. L. hatten Juden gar nichts zu sagen, da heißt es in der D. S. L. Er hat den Krieg verloren, nicht die Sozialisten und Juden sind da schuld.

Der General von Schönaich hat schon recht, wenn er in seiner Aufsatzreihe nachweist, daß die im Spätsommer 1918 in Erscheinung tretende „sozialistische Agitation“ nicht die Ursache, sondern die Folge der Niederlage war.“

In meiner Marne-Schrift hob ich schon hervor, daß die Chemin-des-Dames-Offensive im Mai 1918 zeigte, daß die Truppen noch durchaus ihre Aufgaben erfüllten. Dies bestätigt v. Schönaich: „Die agitatorische Arbeit (des Spartakusbundes, d. Verfasser) hatte den Kampfwert der Truppen nicht behindert. Das Mißgelingen der Arras-Offensive erklärte Beteiligte dadurch, daß einige Divisionen nicht von den erbeuteten Vorräten des Feindes fortzubekommen waren. Auch bei der Marne-Offensive am Damenweg wurde von keiner Seite über schlechten Geist der Truppe geklagt. . . . Die ganze Dolchstoßgeschichte hat doch aber überhaupt nur dann einen Sinn, wenn ohne die sozialistische Agitation der Ausgang des Krieges anders gewesen wäre und das muß bei vorurteilsloser Betrachtung bestritten werden.“

General v. Schönaich bewegt sich aus diesen und anderen Ausführungen genau auf der Linie, die von mir in „Marne zur Marne“ und mehreren Aufsätzen gehalten wurde. Er gibt der Wahrheit die Ehre, wie der deutschnationale Professor Delbrück, der bekannte Verfasser der „Geschichte der Kriegskunst“, der im Maiheft 1920 seiner „Preussischen Jahrbücher“ schrieb: Ludendorff „darf nicht nur nicht mit Friedrich oder Napoleon, er darf auch nicht mit Cneisau oder Moltke zusammengestellt werden. . . . Wer die Revolution anklagt, muß zuerst die Heeresführung anklagen, die ihr den Boden bereitet hat. . . . er (Ludendorff, der Verf.) hat die strategische Aufgabe, die ihm gestellt war, niemals begriffen. . . . Der Führer ist es gewesen, der sich nicht auf das richtige Ziel einzustellen wußte und deshalb alles Helldemut zunichte gemacht hat.“

Ich habe bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß ein General Hoffmann, ein General Seck und noch andere, voraussichtlich die strategische Aufgabe besser gelöst hätten, als Ludendorff, dem Ehrgeiz und Machtwille den Blick blendeten. Ludendorff ist der Schuldige, daran kann alle deutschnationale Vergötterung, die für die Eingeweiheten einen kräftigen Stich ins Heuchlerische hat, nichts ändern. In deutschnationalen Kreisen ist man sich — wenn alle Türen und Fenster verriegelt sind — durchaus klar darüber, daß die Fehler Ludendorffs die Katastrophe herbeigeführt haben. Vor der Öffentlichkeit aber steht man mit frecher Stirn und erzählt die Lüge vom Dolchstoß.

### Sozialistische Interpellationen gegen Poincaré.

Aus Paris wird gemeldet: Varanne ist von der sozialistischen Kammergruppe beauftragt worden, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpellieren. Ferner brachte Maro Sangnier eine Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung und über die Pläne bezüglich der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas ein.

### Ein französischer Sozialist über Poincarés Kriegsschuld.

Genosse Leon Blum veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel gegen Poincaré, den Kriegsverstärker. Nach ihm hätten bereits die Schandefälle 1896, der Algeriras- und Agadir-Zwischenfall 1905, bezw. 1911 zum Kriege geführt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik oder Ministerpräsident gewesen wäre. Mit Gemütsruhe führt Blum fort, werden mir dazu kommen, die Frage der unmittelbaren tatsächlichen Verantwortlichkeit für den Krieg zu erörtern. Daß Poincaré jetzt am Ruder ist, wird unsehbar die Wirkung haben, dieses Problem in die vorübergehende Reihe der öffentlichen Kontroversen zu rücken und jeder einzelne von uns wird dazu Stellung nehmen. Inzwischen aber dürfen wir bei der größten Mäßigung ein erstes Urteil der Welt als feststehend betrachten, nämlich, daß Poincaré moralisch irgend wie mitverantwortlich ist.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns,

der erst kürzlich von einer akuten Nierenentzündung genesen ist, hat einen Rückfall erlitten, der ihm vorläufig die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte außerhalb des Krankenzimmers nicht gestattet.

## Spuren im Schnee.

Von Egon Glöckner.

Autorisierte Uebersetzung. (Nachdruck verboten.)

„Doch, das kann ich recht gut begreifen.“  
„Rein!“ erwiderte der Kapitän scharf. „Und Sie werden es noch weniger begreifen, wenn ich Ihnen sage, daß kein plötzlicher Tod einen um so härteren Eindruck auf mich gemacht hat, weil ich weiß, daß der Märker, der heute nacht zu ihm eintrat, für ihn nicht unerwartet gekommen ist.“

„Daraus würde folgen, daß er den Märker kannte. Dieser Umstand scheint mir von Bedeutung für die Festzeit, für den Tag. Haben Sie ihm das mitgeteilt?“  
„Rein“, antwortete der Kapitän. „Ich sage voraus, daß er ebenso unperfekt ist wie Sie.“  
Der junge Arzt betrachtete den Kapitän aufmerksam. „Der Bogt ist schon lange hier und kennt die Menschen und die Verhältnisse besser als ich“, sagte er. „Er weiß sicherlich, welches Gewicht in jedem bezugnehmenden hat. Ich habe verstanden über die näheren Umstände von Doktor Gladins Tod gehört und ich begreife, daß dies ein tragischer Selbstmordgegenstand zwischen Ihnen und dem Ermordeten gewesen ist, oder Sie können von mir nicht verlangen, daß ich einen Zusammenhang mit diesem Verbrechen in Verbindung bringe. Jedem falls müßten Sie andere und bessere Gründe dafür beibringen als das, was Sie über das Fenster gesagt haben. Hat der Apotheker vielleicht erachtet, daß sich der Tote ihm zeigen werde?“

Der Kapitän blinnte den Arzt fragend an. „Ja“, fuhr dieser fort, „ich nehme wenigstens an, daß es das ist, was Sie meinen.“ Er betrachtete den Kapitän forschend und neugierig, wie ein belagertes Lager einen Krieger ins Auge faßt, und fuhr dann fort: „Ich begreife, daß Sie mit Ihrer Persönlichkeit zu solchen Aufregungen kommen können. Aber es müßten triftige Gründe vorliegen, bis auch ein so trauerndes Mensch ohne Einbildungskraft wie der Apotheker, von solchen Wahnsinnigkeiten erzittern werden kann.“

Der Kapitän ging der Tür zu. Über seinem Dreieck erlag er sich um und lagte mit befugter, aber bebender Stimme: „Begreifen Sie denn nicht, daß der ganze Markt auf diese Weise erklärt werden kann?“

„Jawohl, ein Wahnsinniger.“  
„Das ist zu oberflächlich“, unterbrach ihn der Kapitän. „Das erscheint alles zu erklären und erklärt tatsächlich gar nichts. Aber ich weiß, daß Sie es in all den letzten Tagen immer in Erwartung irgend eines Ereignisses stand. Daß ein Mensch zu ihm hereinzukommen werde, eines Abends oder in der Nacht.“

„Gierig?“  
„Gierig“, sagte der Arzt, indem er auf den Kapitän zeigte und beständig die Hände ausstreckte. „Stehen Sie.“

Der Kapitän wollte noch mehr sagen, als er aber den Ausdruck in dem Gesicht des jungen Mannes sah, blieb er stehen; ein Schauer ging durch seinen Körper, und ein grauer Schweiß über sein Gesicht und Runnen legte sich über seine Augen. Er verstand, was der Arzt meinte, und in einem Augenblick der Niedererschütterung neigte er bestürzt den Kopf. Aber gleich darauf erhob er ihn wieder und schaute dem anderen trotzig ins Gesicht.

„Es ist ein alter Mann, der vor Ihnen steht“, sagte er. „Der Arzt bezieht sich zu unvorsichtiger, und jetzt lag wirkliche Teilnahme in seiner Stimme.“

„Ich habe nichts gesagt, was . . . Jedenfalls habe ich nicht gemeint.“  
„Ich kann die Gedanken, die Sie sich über mich machen, in Ihren Augen lesen“, erwiderte der Kapitän. „Das können Sie nicht.“

„Sie dürfen nicht vergessen, daß ich Arzt bin“, entgegnete der andere. „Ein Arzt läßt sich nicht so leicht täuschen. Ich vermute wohl, was mit Ihnen los ist. Wenn man solche Anregungsmittel bekommt wie Sie, ist es kein Wunder, wenn das Nervensystem darunter leidet. Kommen Sie, zeigen Sie mir, wie ein Mensch, so ist es ja vollkommen verständlich, wenn Sie in phantastische Gräueltaten verfallen. Das ist meine nächste Ansicht von der Sache.“

„Gute Nacht!“ sagte der Kapitän. „Ich will Ihnen nicht länger lästig sein.“  
Der Arzt trat zurück und schaute, was am etwas merkwürdigen zu sagen, bevor er er:

„Sie haben wohl einen weiten Weg nach Hause?“  
„Jawohl, Minuten“, antwortete der Kapitän. „Ich wohne in der Nähe der großen Eisenbahnstation.“  
„Ja, da müssen Sie ja noch etwas an der Apotheke vorbei!“

„Ja, das habe ich eben auch gedacht“, sagte der Kapitän mit geheimnisvoller Betonung. „Jetzt gehe ich noch einmal an der Apotheke vorbei.“

Als der Arzt die Haustür öffnete, sah er, daß der Mond schien und daß Straße und Felder in bläulich-faulem Glanze dalagen. Er sah keinem Gaste nach, der sich als ein schwarzer Schatten über den bläulichen Boden hinbewegte, und erst als der Kapitän an der Abbiegung verschwunden war, ging der junge Arzt wieder in seine Wohnung zurück.

„Armer Kerl!“ murmelte er vor sich hin. „Er ist verloren. Sein Handgelenk haben ihn verraten, aber sein Geschwäch noch mehr. Sicherlich ist er unheilbar, denn er mißt ja schon seine Einbildung unter die wirklich geschehenen Dinge.“

Unterdessen wanderte der Kapitän langsam durch die Hauptstraße nach Hause. Nirgend war ein Mensch zu sehen und auch in seinem Hause ein Licht. Nur im Bahnhof war in einem einzigen Fenster der gelbe Schein einer Lampe zu erblicken. Der Umstand, daß alle Menschen schliefen und nirgend sich Leben zeigte, vertiefte dem Kapitän, daß sich die Kunde von dem Morde noch nicht verbreitet hatte.

Die kalte Luft, die bläulich schimmernde Straße vor ihm und der Klang seiner Schritte auf der hartgefrorenen Erde lenkten seine Gedanken in eine bestimmte Richtung — zu den zwei Wandernern, denen er unlängst abends begegnet war. Unwillkürlich blieb er lauschend stehen, als er erwartete, noch einmal die schweren Schritte auf der staubigen Straße zu vernehmen. Er sah im Geiste die beiden Männer auf menschenleerer Straße durch eine öde Gegend wandern; sie trauten gerade vor sich hin, neuen Weiten entgegen, und in ihrem stummen Wandern lag eine Ruhe, die er als ein ununterbrochenes Grübeln und Nachsinnen dieser beiden Menschen über rätselhafte Dinge deutete. Die Erinnerung an die beiden Wandernern hatte den Kapitän so plötzlich durchquert, daß er unwillkürlich heulend vor sich hinjagte: „Wo sie jetzt wohl sein mögen? Und wer waren diese Menschen?“

Kapitänlich und kopfschüttelnd ging er weiter. Die Erinnerung an die beiden Wandernern machte aber noch wieder dem Kapitän über die beiden wandernden Dinge nach. Er über seine Unterredung mit dem jungen Arzt. Der Kapitän ließ seinen Stuhl auf, und ein Laut drang aus seiner Kehle, der ebensoviel ein Husten wie ein unterdrücktes Schreien sein konnte. Und gleich darauf sagte er zu sich selbst:



## Freigewerkschaftler können nicht Zentrumsleute sein.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Anschließend an den Reichsparteitag des Zentrums fand eine besondere Tagung der Beamtendelegierten statt. Nach einer allgemeinen Aussprache über Beamtenträger wurden mehrere Entschlüsse angenommen, von denen das u. a. befragt, daß die Zugehörigkeit zu den freigewerkschaftlichen Beamtensorganisationen mit der Mitgliedschaft der Zentrumspartei unvereinbar ist. Bezüglich der übrigen Richtungen in der deutschen Beamtenschaft läßt die Partei ihren Mitgliedern volle Freiheit, macht ihnen aber zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß in den Verbänden nichts geschieht, was sie mit ihrer parteipolitischen Überzeugung in Konflikt bringt.

## Der preussische Staatsrat

wählte in seiner gestrigen Sitzung durch Zuzug des bisherigen Vorstandes wieder. Danach bleibt Adenauer-König Präsident, Groß-Frankfurt erster und Jarres-Duisburg zweiter Vizepräsident. Die bisherigen ständigen Ausschüsse bleiben unverändert bestehen.

## Aus aller Welt.

... worauf Blut herbeibrang. Die Budapestler Ritter haben also in vorgelegener und vorgefertigter Weise ihre Duelle durchgeführt. Zuerst wurde die Färbung zwischen dem Minister des Äußeren Grafen Banffy und dem Grafen Sigray erledigt, indem die Luft durch zwei Pistolenschüsse tödlich verfehlt wurde. Dann gab es ein Duell zwischen dem Justizminister Tomcsanyi und dem Abgeordneten Rakovszky. Aufregend war der Bericht zu lesen: Zweimal stießen die Gegner zusammen. Das erste Mal bekam die Luft ein paar tüchtige Hebe ab. Das zweite Mal stürmten die Ritter gegeneinander und jeht — der Atem koste einem — erhielt der Abgeordnete Tomcsanyi einen Hebe auf den Oberarm, 15 Zentimeter lang, der es war ein Flachhebe, etwa so, wie wenn sich Gummirollen nach der Schule mit einer Reisküchle prügeln. Nun aber hielte sich eine aufregende Szene ab: Tomcsanyi hält seine entblutete Oberarm. Sein Sekundant zum Arzt: „Herr Doktor, ein Blutiger! Ich beantrage Schutz des ritterlichen Verfahrens.“ Der Arzt: „Ich sehe aber kein Blut.“ Der Sekundant: „Warten Sie nur, es wird gleich kommen!“ — Alles starrt gespannt auf den Oberarm. Nach zehn Minuten wird der Stricken bläulich. Aber noch immer kein Blut! Der Sekundant drückt und drückt auf den Oberarm, bis sich nach weiteren fünf Minuten ein Blutstropfen zeigt. Tomcsanyi wird für lamppflichtfähig erklärt: das Protokoll besagt, daß er einen Flachhebe erhielt, „woran Blut herbeibrang“ und die magnarische Ehrenart ist auf acht magnarisch ritterlichem Wege erledigt — worauf unehrliches Gelächter in der ganzen Welt herbeibrang.

Die Entführung des Zigeuners. Die Hamburger Kriminalpolizei fahndet zurzeit auf den 35 Jahr alten Zigeuner Stephan Kolenberg. Er war am 26. Oktober 1921, als in Kakeburg Niedermarkt abgehakt wurde, mit mehreren anderen Zigeunern in Streit geraten. Es hatte sich ein regelrechtes Gefecht entwickelt, wobei zwei Zigeuner getötet wurden. Stephan Kolenberg, der unter dem Verdacht steht, den einen Mord auf dem Gewissen zu haben, und der selber einen Sauch, Bein- und Armbauch erhalten hatte, wurde ins Kakeburger Krankenhaus gebracht. Dort erschienen nun Zigeunerweiber und verlangten, ihren Bruder besuchen zu dürfen. Nachdem ihnen dies gewährt worden war, hüllten sie Stephan in Decken ein, schleppten ihn ins Freie und entflohen mit ihm in einem Wagen in der Richtung auf Hamburg.

Unabhängig aber wahr. Dem Barbier R. in Bremerhaven wurde vor einiger Zeit ein Söhnlein geboren, das sich aber nach drei Tagen wieder in die Gefilde der Seligkeit begab. Der kleine Erdenbürger hat nun aber auch das Interesse des Finanzamtes 2 erregt, das den Vater zu sich beschreiben ließ und ihn fragte, ob sein kürzlich verstorbenen Sohn „Vermögen“ hinterlassen habe! Der Vater debattierte das Fehlen jeglichen Vermögensanfallens durch den Tod seines dreijährigen Sprößlings und delobte den Eifer der Behörden, der immer noch zeige, daß St. Bürokratie noch nicht gestorben ist.

## Aus der Provinz Schlesien.

### Was eine sozialistische Regierung in der Landfrage geleistet hat.

Das Märchen von der Siedlungsfeindlichkeit der Sozialdemokratie und selbst die uralte Wühlflüge, die Sozialdemokraten wollten „den Bauern ihr Land wegnehmen“, werden in diesen Gegenden unseres Vaterlandes noch immer mit Erfolg verbreitet. Das mag seinen Grund darin haben, daß der Sozialdemokratie noch fast nirgends Gelegenheit gegeben war, ihre Stellungnahme zum Bodenproblem in der Praxis zu bewähren.

Es ist deshalb gewiß nicht uninteressant, zu erfahren, wie man sich in den wenigen „rein sozialistisch“ regierten Ländern mit diesem Fragenkomplex abgefunden hat. Als Schulbeispiel kann da vielleicht der Freistaat Braunschweig dienen, der seit seinem Bestehen eine sozialistische Parlamentsmehrheit hatte und dessen Regierung zeitweise — wie oben jetzt — ausschließlich, stets aber in ihrer überwiegenden Mehrheit, aus Sozialisten bestanden hat.

Im Freistaat Braunschweig leben nach der letzten Volkszählung vom 8. Oktober 1918 481 000 Personen (in 122 000 Haushaltungen). Die einzige größte Stadt ist die Hauptstadt Braunschweig mit 140 000 Einwohnern (39 000 Haushaltungen). Von den übrigen 453 Ortsteilen des Landes haben nur vier Städte zwischen 10—20 000 Einwohnern und folgende Orte 2000 bis 10 000 Einwohner. Die Gesamtfläche des Freistaats beträgt 3 872,05 Quadratkilometer, die Bevölkerungsdichte also 130,8 Personen pro Quadratkilometer. Braunschweig steht somit immer noch über dem Reichsdurchschnitt, der im Jahre 1919 infolge der Abtretung dichtbesiedelter Gebiete auf 128,3 gestiegen war gegen 125,1 im Jahre 1910). Die landwirtschaftliche genutzte Fläche des Freistaats beträgt 873 718 Morgen (218 429). Der Anteil des Großgrundbesitzes (d. h. der Betriebe über 100 Hektar) an dieser Fläche beträgt nur 19,3 Prozent.

Drei Aufgaben waren es, die nach der Neuordnung des Staatswesens im Lande Braunschweig als besonders dringend erschienen: Die Siedlung, die Beschaffung von Kleinpachtland und die Bergdröherung bestehender Wirtschaftsbetriebe (Anliegersiedlung).

#### I. Siedlung.

Hier konnte im allgemeinen nur Wohnsiedlung in Frage kommen, denn Obedländerien sind im Lande Braunschweig nicht vorhanden. Die Siedler erhielten außer ihrem Häuschen, — es wurden fast durchweg Einfamilienhäuser, meist in Form von Doppelhäusern gebaut, — einen halben bis einen Morgen Land, das ihnen als Eigentum oder in Erbpacht übertragen wurde. Das Land wurde größtenteils auf dem Wege der Cateipation auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes und des Gesetzes zur Hebung der dringlichsten Wohnungsnot beschafft: 700 Morgen (1 Morgen gleich 0,25 Hektar) sind bisher auf diese Weise bereitgestellt worden. Auch Abholungen zur Urbarmachung wegräumten Landes wurden in großem Maßstab vorgenommen (rund 600 Morgen). Bis Ende 1921 waren 1700 Siedlungshäuser errichtet (davon 500 durch die Bergmannsheimstätten-Gesellschaft). Die Siedlungen bestanden sich naturgemäß vorläufig fast durchweg aus den größten Orten und die Industriebetriebe, so vor allem das heimische Braunkohlenezwerk im Osten des Freistaats. Im Juli 1921 hat der Siedlungsreferat der Staat bis Ende 1921 15 Millionen Mark, Anfang

Januar 1922 wurden von der Regierung weitere 30 Millionen Mark für Siedlungszwecke beim Landtag beantragt und von diesem bewilligt.

#### II. Die Beschaffung von Kleinpachtland

hat im Freistaat Braunschweig einen erstaunlichen Umfang angenommen, so daß jetzt auf dem Lande, aber auch in den kleineren Städten, nahezu jeder Einwohner, der nicht selbst Landwirt ist, über 1—2 Morgen Land verfügt, das er im Nebenberuf bewirtschaftet. Die Grundlage aller diesbezüglichen Reformen bildet das bald nach der Revolution geschaffene Landbesitzgesetz, das die Landbedürftigen gebildet wurde, eine Einrichtung, die sich in der Praxis gut bewährt hat. Die Landauschüsse sind im Laufe der Zeit zu wichtigen und angesehenen Selbstverwaltungsorganen geworden, denen die Regierung nach und nach immer weitergehende Befugnisse übertragen konnte. (So sind sie zum Beispiel in der neuen braunschweigischen Pachtordnung vom 27. September 1921 als „Vorinstanzen“ vor alle Entscheidungen der Pachtvermittlungsämter eingeschaltet worden). Die Beschaffung von Land erfolgt seit dem 10. September 1919 auf Grund des „Kleinpachtlandgesetzes“, das sich auf die vom Reich erlassene Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 stützt, indes durch seine Ausführungsbestimmungen, die auf das Landbesitzgesetz zurückzuführen, auf Glückliche an die besonderen Verhältnisse des Freistaats angepaßt ist. Auf Grund der erwähnten Gesetze wurden im Freistaat Braunschweig insgesamt 108 000 Morgen für Landbedürftige beschafft (beziehungsweise im Besitz von Kleinpächtern erhalten, was bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ohne diese Gesetze nicht möglich gewesen wäre). Diese für den Freistaat Braunschweig sehr beachtenswerte Zahl setzt sich in folgender Weise zusammen:

46 000 Morgen Domänenland,  
6 000 Morgen Deputiland,  
9 000 Morgen Pfarr- und Kirchenland,  
8 000 Morgen Schul- und Gemeinland,  
40 000 Morgen aus Privatbesitz.

In allen Fällen handelt es sich um Pachtland, das zu mäßigen Preisen beschafft wurde. Gegenüber dem Privatbesitz mußte in den meisten Fällen der Weg der Zwangspachtung, der einer Enteignung praktisch sehr nahe kommt, beschritten werden. Die Verfahrensvorschriften sind verhältnismäßig einfach. Die Landauschüsse haben den Bedarf an Kleinpachtland zu ermitteln unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, der Bevölkerungsdichte und der Anzahl der einzelnen Familien. Wo das verfügbare „öffentliche Land“ (Wälderland, Schulland usw.) nicht ausreicht, müssen sie mit den großen Besitzern verhandeln. Kommt keine Einigung zustande, so haben sie der Kreisregierung genau umrissene Vorschläge bezüglich der einzuleitenden Zwangspachtung zu machen. Jeder Betrieb kann nötigenfalls zur Abgabe von Land bis zu 5 Prozent seiner Gesamtläche herangezogen werden. Bei Betrieben über 100 Hektar beträgt die Grenze 10 Prozent, bei den im Freistaat sehr seltenen Betrieben mit mehr als 300 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 15 Prozent. Die angegebene Grenze darf überschritten werden bei Grundstücken, die während des Krieges von Nichtlandwirten erworben sind, oder die der Eigentümer ohne zwingenden Grund nicht selbst bewirtschaftet. Umgekehrt ist zur Schonung des kleinen und mittleren Besitzes bestimmt worden, daß Grundstücke, die eine Familie ohne ständige fremde Arbeitskräfte bewirtschaftet, — ganz gleich, ob ihr die Grundstücke gehören oder ob sie sie gepachtet hat, — zur Zwangspachtung nur dann herangezogen werden dürfen, wenn gleichzeitig Ersatz in gleichwertigen anderen Grundstücken beschafft wird. Die Kreisregierung hat die Vorschläge des Landauschusses daraufhin zu prüfen, ob alle diese Gesichtspunkte berücksichtigt sind. Erst danach darf der Landauschuss, wenn ein letzter Versuch zur gütlichen Einigung gescheitert ist, zur Zwangspachtung schreiten. Diese besteht darin, daß der Landauschuss durch schriftlichen Beschluß die Bedingungen des Pachtverhältnisses festsetzt.

#### III. Anliegersiedlung.

Unter Anliegersiedlung versteht man die Abzweigung landwirtschaftlicher Zwerghöfe auf eine rationelle Betriebsgröße, die „selbständige Adermähung“, d. h. so viel Land, wie von einer Familie mit größtem Nutzen selbst bewirtschaftet werden kann, sowie die Einrichtung eines landwirtschaftlichen Nebenbetriebes für ländliche Gewerbetreibende, deren Hauptberuf zur Sicherung ihrer Existenz nicht ausreicht. Die Erfüllung aller diesbezüglichen Wünsche ist natürlich in einem dicht besiedelten Lande, wie Braunschweig, wo schon die Beschaffung des Kleinpachtlandes erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat, sehr schwer.

Bis Dezember 1921 waren die Anträge von 22 Gemeinden geprüft worden. Beantragt waren von diesen insgesamt 3502 Morgen Land. Davon mußten auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes Anträge über 1945 Morgen, die in Einklang mit den Bestimmungen gestellt waren, zurückgewiesen werden. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen (also mangels ausreichender Gewähr für die Möglichkeit rationaler Bewirtschaftung), mußten Anträge über 619 Morgen abgelehnt werden. Die restlichen 1538 Morgen sind beschafft worden.

Es liegen noch Anträge von weiteren 102 Gemeinden vor, deren Prüfung sich dadurch in die Länge zieht, daß der „Ritterschaftliche Kreditverein“, — der die großen Besitzern vertritt und gemäß dem Reichsiedlungsgesetz mitzuwirken hat, — eine Zeit lang passiver Resistenz betreibt.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die Regierung gute Erfahrungen gemacht hat mit dem Versuch, eine der 72 Domänen, deren Pachtzeit abgelaufen war, in Staatsbetrieb zu übernehmen, d. h. von einem öffentlichen Landwirt auf Rechnung des Staates bewirtschaften zu lassen. Trotzdem es sich um eine der kleineren Domänen handelt (nur 872 Morg.), wurde in dem jetzt abgeschlossenen ersten Betriebsjahr bereits ein Reingewinn von rund 284 000 Mark erzielt, also ganz bedeutend mehr, als bei der Verpachtung herausgesprungen wäre. Zu bemerken ist noch, daß außerdem die Landarbeiter auf dieser Domäne in beachtlicher Weise am Gewinn beteiligt worden sind und das Anlagekapital von 1 660 000 Mark mit 4 1/2 Prozent verzinst worden ist. Dr. G. v. Frankenberg, Braunschweig.

## Ein Mordversuch um ein Majorat.

In Göllich begann am Mittwoch der Prozeß gegen die Gräfin Schlieffen und ihre beiden Söhne, die um ein Majorat zu erben, sich einen Mord gedungen hatten, der den Erben beseitigen sollte. Der Mittäter, den sich der gebungene Handelsmann Köffel nahm, verriet aber den Plan. Und nun steht die gräfliche Familie wegen dieses Mordversuches vor ihren Richtern.

Der ältere Sohn hat bereits ein volles Geständnis abgelegt. Er erklärte, der „Köffelschen Zeitung“ zufolge, sein Plan sei gewesen, nicht den Majoratserben, sondern dessen Sohn, den Majoratserben, den Grafen Georg Wilhelm, also seinen Neffen, heimlich zu töten, damit er Majoratserbe werde. Zur Ausführung der Tat habe er dem Mitangeklagten, dem Handelsmann Köffel, naheinander im ganzen 26 000 Mark gegeben. Weiter habe er Köffel verpflichtet, 500 000 Mark an dem Tage zu zahlen, an dem er in den Besitz des Majorats einzutreten würde. Er erklärte weiter, daß er seine Mutter in den Plan eingeweiht habe. Zur Ausführung der Tat waren vier Pläne ausgearbeitet worden. Die Gräfin habe dem Angeklagten Köffel, Stenisch, gesagt, der junge Graf Georg Wilhelm sollte durch einen Brief über den Telegraphen aus dem Hause gelockt, dann erschossen werden. Zu diesem Zweck gab der junge Graf dem Stenisch einen Armeerevolver und zwei Stiefeln mit. Ein anderer Mann ging dabei, das Gut Schlieffenberg in Kallenberg, den Sitz des Majoratserben, in die Luft zu sprengen.

## Ein „im Klassenkampf grau gewordener“ Kämpfer.

Unter dieser Ueberschrift bringt unser Waldenburger Blatt, „Die Bergwacht“, die Charakteristik des kommunistischen Parteisekretärs für den Waldenburger Bezirk, Melzer, die wir unseren Genossen nicht vorenthalten dürfen. Dieser Kämpfer ist neulich unserer Genossin, Reichstagsabgeordnete Frau Anzorge, in einer Verlammlung, seiner Meinung nach, so erfolgreich entgegengetreten, daß sich die „Schließliche Arbeiterzeitung“ zu einem hervorragenden Bericht darüber veranlaßt sah. Wie Melzer nächtlich betrachtet aussieht, beweisen die folgenden Zeilen der „Bergwacht“:

Melzer ist dem Metallarbeiterverbande erstmalig beigetreten anlässlich der Metallarbeiter-Auspeerrung im Jahre 1911 am 13. August in Chemnitz. In seiner Jugend war er Kaffeezer in einem — evangelischen — Jünglingsverein. Dann verließ er plötzlich aus Chemnitz und rüde nach Böhmen ab. Bis zum Jahre 1911 hat man politisch und gewerkschaftlich überhaupt nichts von ihm gehört. Auch politisch war er bis zur Beendigung des Krieges indifferent. Nach Beendigung des Krieges ließ er sich in die sozialdemokratische Partei in Chemnitz aufnehmen. Da ihm aber sozialdemokratische Umstände das Mitgliedsbuch nicht schnell genug zugeföhrt wurde, trat er einige Wochen später der Unabhängigen Partei bei. Im Jahre 1920 wurde Melzer in Chemnitz mit Hilfe der Sozialdemokratie als Betriebsratssekretär gewählt. Untere Parteigenossen fanden damals auf dem Standpunkt, daß man Melzer, der äußerst radikal auftrat, Gelegenheit geben müsse, positive Arbeit zu leisten. Untere Chemnitzer Parteigenossen mußten aber, wie das meistens der Fall ist, ebenfalls die Wahrnehmung machen, daß Melzer zur Leistung von positiver Arbeit der allergeringste Mann war. Er benötigte den Vorkurs als Betriebsratssekretär, der bekanntlich politisch neutral verhalten werden muß, dazu, rein kommunistische Propaganda zu betreiben. Positive Arbeit hatte er als Betriebsratssekretär nicht geleistet, so daß das Komitee ihm mehrmals das Mitgliedsbuch ausproben mußte. Aus diesem Anlaß sah er sich schließlich gezwungen, den Posten aufzugeben. Weiter hat sich Melzer in Chemnitz ein Stückchen geleistet, das seinen Charakter geradezu in bengalischer Beleuchtung erstrahlen läßt. Das Volkshaus in Chemnitz hatte einmal, wie viele andere Volkshäuser, infolge der Feilscherei und Freischnappheit verfallen, den Gästen etwas zu bieten und einen Schenken hinter herum geschaltet. Von dieser Tatsache hatte Melzer, der von dem geschicktesten Schenken mehrmals selbst mitgegessen hatte, Mitteilung erhalten und er ging hin und benutzte die Volkshausverwaltung in Chemnitz wegen Schwarzschlankens. Die Folge davon war, daß die Volkshausverwaltung zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Wir stellen also fest: Melzer ist seit 1911 gewerkschaftlich, seit 1918 politisch organisiert, war Betriebsratssekretär, mußte wegen Unfähigkeit entlassen werden, hat ein nettes Denunziantenblättchen auf dem Korbhof und ist jetzt als kommunistischer Parteisekretär für den Bezirk Waldenburg angestellt, um das niederschließliche Kohlenrevier für die kommunistische Partei zu retten. So, Parteigenossen, sehen bei der kommunistischen Partei die „im Klassenkampf grau gewordenen Kämpfer“ aus. Glück auf!

Oyepin. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Station Roslawitz. Dasselbst wollte der Hilfskaffner Kikos aus Agl.-Neudorf, der als blinder Passagier mitfuhr, von einem fahrenden Güterzuge abpringen, wobei er so unglücklich stürzte, daß der Schädel zerquetscht wurde. Er hinterließ eine Frau mit acht Kindern.

Hindenburg. Ueberfallener Personenzug. Der Personenzug, der abends von Hindenburg in Richtung Kallowitz abging, wurde am Sonntag abend zwischen Ruda und Marzenroß von Banditen überfallen und zum Stehen gebracht. Zwei Banditen konnten festgenommen werden. Die näheren Ermittlungen, die das Treiben dieser Bande vollständig aufklären werden, lassen einen ausführlichen Bericht noch nicht zu.

## Kleine Breslauer Nachrichten.

\* Vermißt wird seit dem 9. d. Mis. die 10 Jahre alte Schülerin Margarete Gabriel von Bohrauer Straße 117. Das etwa 1,20 Meter große Mädchen mit dunklem Haar und dunklen Augen war bekleidet mit altem grauen Mantel, grüner Korbegarnitur, grünem Kleid, schwarzen Schuhen und schwarzen Strümpfen.

\* Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes. Bei dem städtischen Einigungsamt liefen im Dezember v. J. 1673 neue Anträge ein, und zwar 182 ausgehend von Mietern, 1402 von Vermietern, 89 von Amtswegen. Erledigt wurden 1159 Fälle, darunter 388 durch Vergleich, 143 durch Zurücknahme des Antrages und 628 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 908 unter die Mieterkammerordnung vom 23. September 1918 und 82 unter die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919, während weitere 16 Fälle Heizungsfragen, 28 Fälle die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung, 75 die Festsetzung eines Zwangsmietpreises, 6 eine Ermäßigung der Miete und 4 verschiedene Beschwerden betreffen.

\* Mithäcker Tod. Auf der Leichstraße brach am 16. nachmittags 6 Uhr, eine ältere Frau plötzlich zusammen, allem Anscheine nach infolge Herzschlags und verschied alsbald. Es wurde festgestellt, daß es sich um die 68jährige Witwe Kana-Zernette von Buddestraße 11 handelt. Ein Leichenwagen des Schaubaus besorgte die Leiche auf Wunsch der Angehörigen in die Wohnung der Bestenben.

\* Ertrunken ist am Sonnabend der Kleinschauer Straße wohnhafte Invalide Karl Reil; er war im Begriff, von einem an der Hofschuler-Schleuse stehenden Kahn auf einen dahinter befindlichen Übergraben, stift von dem beschnittenen Stege ab, fiel in die Ober und ertrank.

\* Große Wäschebühle. In der Zeit vom 10. bis 11. d. M. sind drei große Wäschebühle durch Einbrecher ausgeführt worden. Aus der Wäschebühle Lohelstraße 51 wurden am 10. d. M. nachmittags verschiedene S. K. oder C. S. gezeichnete Wäschebühle, in der Nacht zum 11. d. M. vom Trodenboden Wirtstraßen 105 eine Anzahl Wäschebühle mit den Zeichen L. U. oder T. oder J. oder G. oder A. T. und in der Zeit vom 10. d. M. mittags vom Wäscheboden Wirtstraßen 19 fast die gesamte Wäsche, die A. T. oder C. T. oder M. A. gezeichnet ist. Meldungen erbeten nach den zuständigen Kriminalrevieren.

## Frauenhaare

kaufe dauernd  
und zahle für ausgewählte blonde, seltene u. dunkle Farben für ein Gramm  
für Wäschehaare, genau und geringe für ein Gramm  
7 bis 10 Pf.  
3 bis 6 Pf.  
Kaufere von Haus zu Haus (siehe ich nicht, dem Reichsbureau dürfen nach Gewerbeordnung (Reichsgesetz, Nr. 60 vom 30. 3. 1909) nur ein solches Gewerbe im stehenden Gewerbe getrieben werden. Gewerbebetriebe werden nicht ausgeübt. Jeder Kaufmann, der Gewerbebetriebe führt, muß sich nach dem Gesetz über Gewerbebetriebe (Reichsgesetz, Nr. 1 vom 1. 10. 1908) richten.)

## Selma Kunath, Juwelierin Breslau, Schillerstr. 21, Opt.

Geschäftzeit täglich von 9—6 Uhr abends. 7550



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Abt. Kommunalbeamte! Die am Freitag, den 20. Januar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, stattfindende Versammlung beginnt bereits um 7 Uhr. — Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen: Freitag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5. Sitzung. Besprechung wichtiger Angelegenheiten.

Tragödie des Alltags.

Sie war Zeit ihres Lebens ordentlich, fleißig und sanftmütig gewesen. Von ihrer Hände Arbeit hatte sie gelebt — kümmerlich, wenig beneidenswert. Wo sich ihr eine Arbeit bot, hatte sie zugestimmt ganz gleich, um was es sich handelte. Sie hatte gewaschen und geplättet, Kleider ausgewaschen, Wohnungen gereinigt, Kinder gewartet, Botengänge besorgt. Und immer hatte sie von dem Wenigen, was ihr die Leute für ihre Dienste gaben, noch eine Kleinigkeit zurückgelegt. Für die alten Tage, sagte sie. Und das hatte ihrem harten und schweren Leben eine gewisse Ruhe gegeben.

Ein Vergnügen, wie es sich andere dann und wann machten, kannte sie nicht. Ihr genügte an einem freien Sonntagmorgen ein Spaziergang hinaus in die Felder vor den Toren der Stadt. Fastlich nur zur Sommerzeit. Im Winter hockte sie am warmen Kachelofen auf dem unüberzogenen großen Lehstuhl und träumte vor sich hin. Träumte von ihren sorgenfreien alten Tagen, die ihr bei ihrer Bedürfnislosigkeit ruhig und still dahinfließen sollten.

Aber die Zeit hatte es anders gemeint — anders mit ihr und mit gar vielen die ähnlich dachten wie sie, und ein ähnliches Leben verbracht hatten. Wohl waren ihre alten Tage gekommen. Aber die Sparsparnisse, die sie sich abgedarbt und abgehungert hatte, waren wertlos geworden. Kaum den zwanzigsten Teil dessen, was sie von ehemals unter ihren Krümchen, jährlichen Zitterstängeln zerrann und zerbröckelte, der kleine Schatz zusehends. Und von Tag zu Tag wurde alles teurer!

Die Alte wußte sich keinen Rat mehr. Die Tränen, die ihr zuerst unaufhaltsam geflossen waren, waren längst vorliegt. Anders mit ihrer Not zu beschäftigen, ging ihr nicht in den Sinn. Zur Arbeit konnte sie feiner mehr gebrauchen, hatte auch kaum eine mehr Mittel überflüssig. Da war noch der Gasofen, den sie öffnen konnte, wenn sie sich abends zur Ruhe legte. Und so fanden sie sie denn eines morgens tot in dem gasgefüllten Zimmer — eine von den Vieles, die heutzutage auf die gleiche oder ähnliche Art aus dem Leben scheiden.

Regel muß Strafe bleiben.

Am 14. Oktober hat das Breslauer Schöffengericht den Universitätsprofessor Axel v. Frentag v. Loringhoven wegen größtenteils beleidigender des Lehrers und Kreisdeputierten Eli Lindheimer aus Gubau durch einen Artikel in der „Schlesischen Tagespost“ zu 600 Mark Geldstrafe und Publikationsverbot verurteilt. Der vornehme Junfer hatte den Lehrer und Kreisdeputierten Eli Kanalgeruch genannt. Das Urteil führte hierzu aus:

Bei Abmessung der Strafe wurde erwogen, daß die Handlungsweise des Angeklagten in hohem Maße geeignet war, den Privatkläger verächtlich und lächerlich zu machen, einen Mann, von dem unwiderprochen behauptet wird, daß er sich des allgemeinen Ansehens seiner Mitbürger erfreut. Er schwerer fällt weiter ins Gewicht, daß eine derartige Kampfwiese gerade von einem Bildner der akademischen Jugend, wie es der Angeklagte ist, hätte vermieden werden müssen, zumal in einer Zeit, in welcher nur die Zusammenfassung aller Kräfte das Vaterland allenfalls noch retten kann.

Bei diesem Urteil hat sich der Angeklagte nicht beruhigt, sondern dagegen Berufung eingelegt, über die am 17. Januar vor dem Breslauer Strafsenat verhandelt wurde. Der Angeklagte war, vielleicht weil er glaubte, daß dies auf den Gerichtshof einen besonderen Eindruck machen würde, im Gegensatz zur ersten Instanz, persönlich erschienen. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Fritz, rechtfertigte die Berufung, abgesehen von den in der Vorinstanz vorgebrachten Ausführungen damit, daß der Artikel des Angeklagten überhaupt keine beleidigende Tendenz habe, sondern nur „eine politische Satire in geradezu laffischer Form“ darstelle. Sodann richtete er sich nicht gegen den Privatkläger, sondern gegen den Typus des Juden als Demagogen, da es ja bekannt sei, daß Demagogen und Juden dasselbe seien. Der Privatkläger habe nur die Vorlage zu der vom Angeklagten dargestellten Figur gegeben. Aus seinen politischen Reden und Schriften, die den Mitgliedern des Gerichtshofes sicherlich bekannt seien (!), wisse jeder, daß der Angeklagte zwar mit der gebotenen Schärfe, aber nie in verlebender Form kämpfe. Unzulässig sei es, wenn das Schöffengericht als strafschwerend seinen Beruf als Hochschullehrer und Bildner der Jugend heranziehe. Was er in dieser Eigenschaft außeramtlich tue, gehe niemand etwas an.

Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Foerderer, erwiderte hierauf:

Wenn der Angeklagte die niedrigen Beschimpfungen seines Auftrages nicht als beleidigend empfinde, so beweise das nur, daß er sich in den deutschen Kulturkreis noch nicht eingelebt habe, dem er freilich erst seit wenigen Jahren angehöre. Wollte er ein erfahrener Politiker sein, so müßte er wissen, daß sich unter den Führern der Demokratie nur verschwindend wenige Juden befinden. Wertwürdig sei, daß er, dessen Partei sonst stets die Juden als Sozialdemokraten und Bolschewisten bezeichne, heut hierüber plötzlich anderer Ansicht sei. Als ganz unzulässig bezeichnete es der Vertreter des Privatklägers, wenn der Angeklagte hier durch die Erwähnung seiner politischen Schriften und durch das Ausprechen der Erwartung, daß der Gerichtshof sie kenne, einen politischen Zusammenhang zwischen sich und den Mitgliedern des Gerichtshofes konstruieren wolle. Das stelle eine unzulässige Beeinflussung dar, der ein deutscher Gerichtshof sicherlich unzugänglich bleiben würde. Von einem geringen Pflichtbewußtsein zeuge auch die Auffassung, als ließe sich die außeramtliche Tätigkeit des Angeklagten von seinem Beruf als Hochschullehrer trennen. Es sei ein leitender Grundzug des deutschen Beamtenrechts, daß jeder Beamte sich auch außerhalb seines Berufes der Würde seines Amtes entsprechend zu betragen habe. Diesen Grundzug habe der Angeklagte aufs schärfste verletzt, zumal er genau wisse, daß sein Artikel von einem bestimmten Teile der Studentenschaft mit dem größten Eifer gelesen und blind nachgebetet würde. Der Angeklagte, dessen Wirken unsere innere Einigkeit untergrabe, gehöre zu den landfremden Elementen aus dem Osten, die in Deutschland nur Schaden anrichten.

Durch diese letzte Bemerkung fühlte sich Herr v. Frentag-Loringhoven anheimelnd ganz besonders arg betroffen. Er entgegnete erregt, daß er ein Baltensproßling sei. Die Baltens hätten seit 700 Jahren die deutsche Kultur im Auslande hochgehalten. Im Anschluß hieran hielt er eine kleine Vorlesung über das Wesen des Schließelromans. Als eine Abari dieser Literaturgattung wollte er seinen Artikel gegen den Privatkläger aufgefacht wissen. Schließlich erwiderte er mit der Behauptung, das deutsche Judentum trage, wenn nicht die ganze, so doch einen erheblichen Teil der Schuld an dem unglücklichen Kriegsausgang.

Der Vertreter des Privatklägers erwiderte, daß das Vorbringen dieser Anschuldigungen die Würde des Gerichts verlebe und der Angeklagte sich hierdurch wohl den letzten Rest von Sympathie, den er vielleicht noch besitzen könnte, verlohren habe.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Gerichtshof das Urte, daß die Berufung des Angeklagten verworfen sei es bei dem ursprünglichen Urteil zu bleiben habe. Wir kommen auf den Fall morgen noch einmal zurück.

Die Wohnungsbau-Abgabe in den Ausschüssen.

pa. Der Finanz- und der Bauausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung beschloßen, in zwei auf einander folgenden, gemeindefinanziellen Sitzungen, die Magistratsvorlage über Erhebung einer Wohnungsbauabgabe der Bauvermittlung mit der Maßgabe zur Annahme zu empfehlen, daß der Gemeindefinanzplan für das laufende Rechnungsjahr auf 5 Prozent (auflaufend 25 Prozent) und für das Rechnungsjahr 1922 auf 25 Prozent (anstatt 45 Prozent) des Gebäudesteuer-Einkommens festgesetzt wird. Ferner gelangten zwei Anträge zur Annahme, deren einer geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauoffiziers fordert, während der andere eine Einwirkung auf die Staatsregierung in dem Sinne erstrebt, daß sie die von ihr erwarteten Zuschüsse für den Wohnungsbau rechtzeitig und in einer Höhe bereit stellt, die nicht nur dem höchsten Steuererfordernis entspricht, sondern darüber hinaus der in Breslau herrschenden Wohnungsnot in ausreichendem Maße Rechnung trägt. Ferner wurde beschloßen, die Vorlage als dringlich zu behandeln und außerhalb der Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Beratung zu stellen.

Beihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen.

Der Arbeiterverband Breslau schreibt uns:

Der Minister des Innern hat durch Erlass vom 21. Dezember v. J. mitgeteilt, daß auch für 1921 aus Reichsmitteln eine Beihilfe gewährt werden darf, sofern Lebensbedürftigkeit vorliegt. Diese wird in erster Linie durch den Bezug noch laufender Wehrunterstützung nachgewiesen. In Betracht kommen: Die Angehörigen der am 1. 12. 1921 in Gefangenschaft noch befindlich Gemachten, die ohne besondere Anträge die Unterföhrung erhalten, und die Angehörigen derjenigen Kriegsgefangenen, die unmittelbar nach Rückkehr aus der Gefangenschaft in stationäre Lazarettbehandlung sich begeben mußten und sich am 1. Dezember 1921 noch dafelbst befanden. Diese Gruppe der Empfangsberechtigten muß einen entsprechenden Antrag im Büro für Wehrunterföhrung, städtische Baracke auf dem Neumarkt, Zimmer 16, umgehen lassen, da nach dem 31. März 1922 Anträge nicht mehr entgegengenommen werden dürfen. Beibringen sind die amtlichen Nachweise, daß der betreffende Ernährer Kriegsgefangener war, und daß er sich am 1. Dezember 1921 noch in stationärer Lazarettbehandlung befand.

Angehörige Vermögter haben keinen Anspruch, desgleichen nicht die Angehörigen der nachweisbar schon gestorbenen Kriegsgefangenen.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

1. Sonntags-Unterhaltungsabend am 22. Januar.

Am kommenden Sonntag beginnen wir in der Aula der Viktoriafchule, Büdlerstraße 9, mit einer neuen Art von Veranstaltungen, von der wir hoffen, daß sie in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau verlangen wird, da sie einem drängenden Bedürfnis entspricht; das sind die Sonntags-Unterhaltungsabende.

Zwar ist es schwer, zu begreifen, daß in dieser schweren Zeit so viele Menschen am Sonntag nichts Besseres anzufangen wissen, als in Kinos, Kneipen, Tanzlokalen und dergleichen, Geld und Zeit zu verbringen. Alles Wohlklagen über diesen Zustand ist aber wertlos, wenn man nicht dafür sorgt, daß genügend gute, zwar durchaus auf volkstümliche, allgemeinverständliche Unterhaltung eingestellte, dabei aber auch vom Standpunkte der Volksbildung zu verantwortende Veranstaltungen zu möglichst billigen Eintrittspreisen da sind!

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, werden nun drei beliebte Breslauer Künstlerinnen: Mimi Frank (Sängerin), Hanna Schmal (Geige) und Käthe Straußler (Klavier) ein Konzert geben, das mit Werken von Mozart, Schubert, Mendelssohn, Chopin, Brahms usw. zwar nur gute Musik bringt, das aber so zusammengestellt ist, daß auch derjenige einen genutzreichen Abend erleben wird, der noch nicht häufiger Konzertschreiber ist.

Um wirklich allen den Besuch des Abends zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis auf nur eine Mark festgesetzt. Eintrittskarten an der Abendkasse beim Eingange in die Aula.

Jeder nun, der mit dem oben geschilderten Sonntags-Treiben — gerade auch vieler Jugendlerner — nicht einverstanden ist, helfe uns in der Woche dazwischen und jorge mit aller Energie dafür, daß der Unterhaltungsabend am Sonntag von seinen Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen, zahlreich besucht wird. Die großen Volksbildungsziele unserer Zukunft können nur erreicht werden durch tatkräftige, unentwegte Zusammenarbeit aller Einflüchtigen!

Der Kampf um die Arletiusfchule.

Der Magistrat will bereits am 1. April 1922 die Arletiusfchule durch die Frauenberufsschule und das Gemeindeföhrerinnen-Seminar belegen lassen. Das hat bei den Eltern der Südborstadt große Beunruhigung hervorgerufen, denn 15-20 000 Kinder müssen umgesiedelt werden. Die Elternbeiräte und die Lehrerschaft des Südoftens hatten sich deshalb am Mittwoch abend nochmals in der Arletiusfchule versammelt, um gegen dieses Vorhaben energisch Protest zu erheben. Die Elternschaft ist der Ansicht, daß die Volksschulen den Volksschülkern gehören. Sie werden schon stiefmütterlich genug behandelt.

Es wurde deshalb nach längerer Aussprache eine Deputation gewählt, die am heutigen Tage bei der Stadtvorordnetenversammlung und dem Magistrat vorstellig wird, daß sie den Antrag des Magistrats ablehne. Sollte dieser Schritte zwecklos sein, so wird in kürzester Zeit eine Massenversammlung aller Eltern des Südoftens einberufen, und die Elternschaft erwartet bestimnt, daß sich alle Volksschulleitern mit den Eltern der Arletiusfchule solidarisch erklären.

Die neuen Anhängewagen der städtischen Straßenbahn.

Als Zeichen dafür, daß unsere städtische Straßenbahn nicht allein bestrebt ist, mit den technischen Neuerungen anderer Straßenbahnen Schritt zu halten, sondern daß sie auch in der Sache der wesentlichen Verbesserungen zu schaffen, können die neuen Anhängewagen gelten, die in den letzten Monaten in den Betrieb der städtischen Straßenbahn eingeföhrt worden sind. Beim Betreten der Wagen übertröhrt zunächst die Höhe und die Lichtfülle, die im wohntruderen Gegensatz zu den alten Wagen

mit flachem Dache stehen. Aber auch gegenüber den modernen, erst im Jahre 1913 angekauften Wagen mit Oberlicht, sind die Raumverhältnisse bedeutend günstiger, vor allen Dingen macht sich in diesen Wagen Tabatsquatsm und Zugluft bei weitem nicht so bemerkbar. Voll zur Geltung kommen aber erst die Wagen im Sommer, wenn das Wetter die Fenster zu öffnen gestattet. Abweichend von den sonstigen Ausführungen werden die Fenster nicht in der Seitenwand verankert, sondern nach oben gehoben. Da die Bedienung der Fenster durch hinreichende Einrichtung äußerlich leicht ist, hat ein plötzlicher Platzregen seine Schreden verloren. Die Ausführung der Wagen selbst ist durchaus einwandfrei und braucht das Urteil des Fachmannes nicht zu scheuen. Das muß besonders hervorgehoben werden, weil die Wagen in der eigenen Werkstatt der Straßenbahn erbaut sind. Die Straßenbahn kann mit Recht stolz auf ihre Arbeit sein; sie spricht dafür, daß die technische Leitung sich fortschrittlichen Bestrebungen nicht verschließt.

Selbstverschuldet.

Daß Einsprüche gegen die Kündigung oft auch ohne rechtliche Begründung eingelegt werden, zeigte eine kürzlich vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundene Verhandlung. Einem seit April 1919 beim Fernsprechamt beschäftigten Fräulein K. war am 31. Dezember getündigt worden. Sie wandte sich nun an den Schlichtungsausschuß, aber ohne Erfolg. Der Schlichtungsausschuß wies ihren Einspruch zurück, da aus der Verhandlung hervorging, daß sie bereits im August selbst erklärt hatte, sie werde vom November, spätestens vom Januar ab, ihrer Beruf wechseln; sie habe zum mindesten sehr fahrlässig gehandelt, denn noch am 1. November hätte sie Gelegenheit gehabt, gegen die Kündigung Einspruch zu erheben, hatte dies aber unterlassen.

\* Metalldiebstahl in einer Eisenbahnwerkstatt. Zu dieser Notiz in unserer Nummer vom 7. Januar, wird uns mitgeteilt, daß die Diebstähle nicht von einem Klempner, sondern von einem Werkführer ausgeführt wurden.

\* Ausgehobenes Spielernest. In einer Gastwirtschaft auf der Margarethenstraße hat die Polizei in der Nacht zum Sonntag (15. d. Mts.) eine Anzahl von Personen beim Glücksspiel überföhrt. Die Persönlichkeit der Spieler wurde festgestellt und das vorgefundene Spielgeld beschlagnahmt.

\* Eine Fehlschwinderin. Am 28. 12. kehrte in eine Gastwirtschaft auf der Hammerstraße eine Frau, die sich als Geschäftsfreisende ausgab, in Begleitung einer Freundin und zweier Herren ein, und machte dort eine Fehle von 1350 Mark. Im Laufe der lebhaften Unterhaltung erzählte die Reisende, sie erhebe am nächsten Tage einen Lotteriegewinn von 20 000 Mark und lasse daraufhin etwas springen. Sie erklärte dem Kellner, daß sie gegenwärtig nicht soniel Geld bei sich führe und borgebe von ihm noch eine Summe mit dem Versprechen, am nächsten Tage alles zu begleichen. Aber sie ging mit ihrer Begleitung davon und ist nicht mehr wiedergekommen. Die Polizei hat sie ermittelt und vorgeföhren festgenommen.

\* Ungetreuer Selbstschußwachtmeister. In den letzten Tagen hat die hiesige Polizei als Chauffeur festgenommen wegen Unterschlagung, die er als Wachtmeister einer Selbstschußkompanie begangen hat. Es waren ihm die Pferde der Kompanie anvertraut. Die Gelegenheit benutzte er, um fünf Pferde an einen Pferdehändler in Breg für den Betrag von 15 000 Mark zu verkaufen. Das Geld hat der Mann für sich verbraucht. Der Pferdehändler freilich ist der Betrogene, denn er mußte die fünf Pferde dem Selbstschuß wieder zurückgeben. Der ungetreue Wachtmeister, jetzige Kraftwagenführer, wird jetzt vom Richter seine Strafe erhalten.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Bereinstaltes Theater. Am Donnerstag geht im Lohetheater Shakespeares „Macbeth“ in Szene. Am Freitag ist für die Kunstgemeinde (Serie D) eine Aufföhrung von „Der Feldherrnhügel“ und am Sonnabend findet die Erstaufföhrung von Schillers „Wilhelm Tell“ statt; die Regie hat Julius Arnold, die musikalische Leitung Dr. Alf. Das Bühnenbild gestaltet Hanns Gröninger.

Im Tkalia-Theater wird Donnerstag, 19. d. Mts., mit Oskar Will als Gast und in Alexander Marichs Inszenierung zum ersten Male wiederholt. In Vorbereitung befindet sich Nestors Wölle „Pumpaci vagabundus“.

Stadttheater. Heute 7 1/2 Uhr „Carmen“, Morgen 6 Uhr „Die Meisterlerner von Nürnberg“.

Das wegen des Eisenbahnstreiks abgelegte Gastspiel des Kammerföhrers Adolf Költgen ist nunmehr für den 25. und 27. Januar festgesetzt, und zwar singt Herr Költgen am Mittwoch, den 25., den Rabanes in „Rida“ und am 27. den „Tannhäuser“.

Schauspielhaus. (Operettenbühne.) Donnerstag „Wenn Liebe erwacht“, Freitag „Die Tanzgräfin“, Sonnabend zum ersten Male „Die Straßensängerin“. Szenische Leitung Oberregisseur Fritz Karl. Musikalische Leitung Franz Marszalek.

Breiteball. Die Dresdener Kammerföhrerin, Frau Margarete Siems, bekanntlich ein unvergessener Liebling des Breslauer Publikums, hat sich telegraphisch bereit erklärt, nach längerer Pause in Breslau wieder einmal aufzutreten. Das hochkünstlerische Ereignis wird sich am 31. d. Mts. im Wappenhof beim Presseball vollziehen. Der Reinertrag der Veranstaltung fließt den Wohlfahrtsvereinigungen des Verbandes der Schlesischen Presse zu.

Die Ausgabe der Karten erfolgt nicht, wie irrtümlich angegeben, zwischen 9 und 11 Uhr, sondern zwischen 11 und 1 Uhr vormittags und 3 und 6 Uhr nachmittags im Festsaalhof Weidenstraße 30.

Das Radium-Ballett, welches im 6. Bild des Wagnerschauspiels „Die Nibelungen“ abendlich zur Aufföhrung kommt, ist eine Sensation, wie sie auf tanz-technischem Gebiete in Breslau noch nie gezeigt wurde, und findet großen Beifall. Der Vorverkauf für den Zirkus Busch ist bei Barack und an den Zirkusstellen.

Bereinstalender.

Deutscher Kürschnerverband. Jubiläum Breslau. Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Alles aus dem Kürschnerberuf hat zu erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung ist.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Sachwitz-Cantib. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Kobrowitz bei Stöhr, nachmittags 2 Uhr in Raachöbau bei Franke, eine Bauarbeiterversammlung statt. Jeder Kollege und jeder Arbeitsloche hat bestimmt zu erscheinen.

Abt. Eisenarbeiter! Freitag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Uferstraße 26 Versammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Tschech. Arbeitervereinigungen Breslau e. B. Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, ordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Abt. Metzger, Metzger! Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Büro Margarethenstraße 17, III, Zimmer 66, teilzunehmen.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Internationale Konferenz der Textilarbeiter

Eine Konferenz der „Internationalen Vereinigung der Textilarbeiter“ fand am 6. und 7. Januar d. J. in Reichenberg in Böhmen statt. Es nahmen teil durch ihre internationalen Vertrauensmänner die Organisationen in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Österreich, Schweiz und Tschechoslowakei.

Beschlossen wurde, die Beiträge künftig nach einem neuen System zu erheben und 75 Prozent davon dem Streikfonds zuzuführen. Den internationalen Streikfonds beizubehalten und auszubauen, sind alle Nationen mit Ausnahme Englands entschlossen. Es ist kein Zweifel, daß die großen Länder mit starken Organisationen, welche im Falle von Streiks mit Massenkämpfen zu rechnen haben, den Streikfonds wohl niemals in Anspruch nehmen können. Den gewaltigen finanziellen Ansprüchen, welche da an die Organisation gestellt werden, ist der Streikfonds nicht gewachsen. Ob das in der Zukunft möglich werden wird, muß die Erfahrung lehren. Wohl aber ist es schon heute möglich, mit Hilfe des Streikfonds den kleinen Nationen und großen Nationen mit schwachen Organisationen helfend beizuspringen. Die Unterstützungen, welche den Franzosen und Italienern in ihrem letzten umfassenden Textilarbeiterkampf aus dem Streikfonds zuteil wurden, waren von weitgehender Wirkung. Die Internationale Vereinigung der Textilarbeiter betrachtet deshalb die Existenz eines internationalen Streikfonds als ein Gebot internationaler Solidarität und den Streikfonds als unentbehrliche Waffe im Kampfe wider den Kapitalismus.

Interessant und wichtig für Deutschland war der Bericht, welchen der internationale Sekretär, das Parlamentsmitglied Shaw, über die Arbeitszeit in England gab. In der englischen Textilindustrie wird 47 1/2 Stunden pro Woche ausnahmslos gearbeitet. Mehrstunden werden nicht gemacht und von den Unternehmern nicht verlangt. Niemals ist von den Unternehmern weder im Parlament, noch der Arbeiterorganisation gegenüber das Verlangen nach Beseitigung des Achtstundentages gestellt worden. Der Achtstundentag in der englischen Industrie gilt als gelöst. Damit sind die gegenteiligen Behauptungen der deutschen Unternehmer als unrichtig festgestellt.

Die Schweizer Vertreter besaßen sich über das Arbeiterunwesen in Deutschland. Das internationale Komitee hat versucht, die noch außerhalb der Vereinigung stehenden Landesorganisationen der Textilarbeiterinternationale zuzuführen. Der Ansehlichkeit Mexicos ist in der nächsten Zeit zu erwarten, bezüglichen Verhandlungen mit Indien, und auch mit Japan ist Fühlung genommen. Da in Japan die Organisationen der Arbeiter nur als Geheimorganisationen existieren können, kann zunächst nur mit Hilfe der Korrespondenz gearbeitet werden. Die Zugehörigkeit der überseeischen Länder zur Internationale ist für die europäischen Textilarbeiter angelehnt der rapiden Entwicklung der Textilindustrie in jenen Gebieten von besonderer Bedeutung. Mit Befremden hat die Konferenz Kenntnis genommen, daß die Textilarbeiterorganisationen Schottlands den Weg zur Inter-

nationalen Vereinigung noch immer nicht gefunden haben. Das Komitee ließ keinen Zweifel daß es auf die vielen Neben über die hohe Bedeutung der Internationalen, welche in Schottland gehalten werden, absolut nichts zu geben in der Lage ist, solange die Praxis der schottischen Organisationen zu ihrer Theorie in Widerspruch steht. Auch der Ansehlichkeit Irlands soll angestrebt werden und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika sollen inniger gestaltet werden. Einmütig wurde beschlossen, die Korrespondenz mit dem der sogenannten roten Gewerkschaftsinternationalen angehörenden russischen Textilarbeiterverband für die Zukunft einzustellen.

## Die Berliner Eisenbahner fordern Generalfreist.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt Dienstag in der Bismarckbrauerei eine ungewöhnlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Bezirksleiter Knebel vom Direktionsbezirk Berlin, gab ein Bild von der Lohnbewegung, wobei er auch kritische Streiflichter warf auf die Stellung, die der Allgemeine Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft einnehmen. Als er das bisher vorliegende vorläufige Resultat der Bewegung und der Verhandlungen vortrug, brach ein Sturm der Entrüstung in der tausendköpfigen Menge los. Auch die Mitteilung, daß erst am 23. Januar die Verhandlungen wegen der Uebererzeugungsschlüsse beginnen sollen, rief große Erregung hervor.

Es folgte eine sehr eingehende und lebhaft Diskussions. Allgemein wurde erklärt, daß die mageren Zugeständnisse rundweg unannehmbar seien. Ein Redner regte die sofortige Einberufung einer Funktionärerversammlung an, die eventuell beschließen soll, die Forderungen durch Streik durchzusetzen.

Nach 4 1/2 stündiger Debatte nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

„Die Versammlung erkennt, daß durch das Verhandeln mit der Regierung nicht das herauskommt, was wir als Arbeiter und Beamte zu fordern haben. Darum kommt sie zu dem Entschluß, daß nur der Generalfreist die einzige Antwort auf das Verhandlungsergebnis sein kann. Wir fordern die Krisenverwaltung und den Hauptvorstand auf, sofort alle diesbezüglichen Schritte zu unternehmen. Wir verpflichten uns, für die Forderungen der sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung sofort in den Kampf zu treten.“

## Zur Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie.

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie am Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung am 17. Januar 1922 folgenden Spruch abgegeben:

„Der Schlichtungsausschuß steht in Anbetracht der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse von einem Schlichtungsspruch ab und beschränkt sich auf folgenden Vorschlag an die Parteien: 1. Die Lohnsätze des Tarifvertrages gelten als zum 31. 1. 1922 gelte. 2. Den Arbeitgebern wird empfohlen, allen Arbeitern und Arbeiterinnen für den Monat Januar 1922 eine Zulage auf

Stundenlöhne zu gewähren, da ein Fortschreiten der Teuerung in gewissem Umfange auch im Januar 1922 gegenüber Dezember 1921 nicht zu verkennen ist.

3. Ueber die Höhe dieser unter 2 anempfohlenen Zulage und über eine den etwas weiter fortgeschrittenen Teuerungshältnissen entsprechende weitere Zulage für die nach dem 1. Februar 1922 liegende Zeit treten die Vertragsparteien innerhalb einer Woche erneut, zunächst unter sich, in Verhandlungen.“

## Die Lohnbewegung in der schlesischen Textilindustrie.

Zur Beilegung der Lohnbewegung in der Reichenbacher Textilindustrie haben am 16. d. Mis. abermals Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten in Breslau stattgefunden. Zu einem Abschluß sind diese vorläufig nicht gelangt. Man ist jedoch übereingekommen, die Verhandlungen demnächst fortzusetzen.

## Ein unverständlicher Bettfedernhändler

Ist der Kaufmann Cohn, Kupferstraße 10, der zwei Jahre lang eine 40 jährige Arbeiterin mit Wochenlöhnen von 48, 50, 60, 70, zuletzt 85 Mark beschäftigt hat; nun aber, nachdem sie die Kräfte, dank der fürklichen Entlohnung und Ernährung verlor, entläßt der „Kaufmann“ sie. Die 40 jährige Arbeiterin hat nur eine Aufbesserung des ihr gewährten Lohnes verlangt und „Herr Bettfedernhändler“ Cohn entläßt die Frau, weil er organisierte Leute nicht gebrauchen kann. Ganz wie ein ablichter Landbaron! Arbeiter und Angestellte! Merkt Euch die Firma wenn Ihr Bettfedern oder Kissen kaufen müßt. Solch Verächter der Arbeiterrechte, solch „mitteilidigen“ Mann laßt einmal von seinen Arbeiterknechten einige Zeit leben.

## Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse bezahlt:		18. 1.	17. 1.
für 1 amerikanischen Dollar	189,06 M.	186,06 M.	
• 1 englische Pfund	799,20 „	787,70 „	
• 1 französische Franz	15,41 „	15,26 „	
• 1 holländische Gulden	69,13 „	68,43 „	
• 1 Schweizer Franken	39,71 „	38,21 „	
• 100 österreichische Kronen	5,99 „	6,08 „	
• 1 hiesige Krone	3,17 „	3,11 „	
• 1 dänische Krone	37,86 „	38,16 „	

**Parteigenossen und -Genossinnen**  
werbt ständig für unsere Zeitung.

## Familiennachrichten

Am 17. Januar, nachmittags 6 Uhr, verschied nach langen Leiden unser einziger und letzter unserer Kinder, unser lieber Sohn, der **Bachdruckerlehrling Erhard Köhler** im Alter von 36 Jahren. 10288 In bestem Schmerz zeigt dies an **Max Köhler und Frau, geb. Neumann.** Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Grabschen aus. — Trauerhaus: Yorkstraße 8 III.

Am 16. Januar verstarb plötzlich unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der **Leichtere Heinrich Hradetz** im hoffnungsvollen Alter von 29 Jahren. Sein aufrichtiger Charakter und kollegiales Verhalten sichern ihm ein dauerndes Andenken über das Grab hinaus. 11193 Die Kollegen der Firma F. W. Hoffmann. Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nikolai-Friedhofes in Cowd.

**Sozialdemokratie und Landwirtschaft** von Georg Schmidt Preis nur 60 Pfg. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

**Waffelnd billig!**  
Kinderwagen, Klappwagen, Kinder-Schaukel, Bettstellen, Leiter- und Reifwagen, Reifeerde, Erjay-Wäder, Kinderwagenhaus, Friedr.-Wilhelmstr. 17.

**Möbel**  
Schränke, Vertikale, Bettstellen u. Matr., Sofas, Spiegel etc., sowie Klappstühle per Kasse, eventuell Teilzahlung.  
**Kapsunsky & Co.**  
Rosenthalerstr. 2, I. 10129 der Osterwache

**Parteitrende**  
kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

**Größe Geld-Lotterie**  
Ziehung v. 25.-31. Januar 1922  
26671 Geldgewinne im Betrage **1 Million Mark**  
Hauptgewinne:  
Mark 150 000  
" 100 000  
" 75 000  
" 50 000 ev.  
Lose verwendet, zum amtlichen Preis von Mk. 6.—, 10 Lose sortiert Mk. 60.—, Liste Mk. 1  
W. Gruber, Lotteriekassier  
Hamburg 33, Maurerstr. 15

**Mutter und Kind**  
von Georg Sticker  
Die man heisse Gegenstände mit Kindern behandeln kann.  
Gebunden 1.50 Mark.  
**Ergebnis Volkswacht**  
Breslauer, Neue Graupenstraße 5.

**Schluss meiner Sonder-Verkaufstage**  
Sonnabend, den 21. Januar, abends 7 Uhr  
Spezialhaus für Strumpfwaren \* Trikotagen \* Handschuhe  
**Gabitzstraße 28**  
neben Postamt 7. 11191

Wir empfehlen:  
**Joh. Ferch**  
„Die Flucht vor dem Rinde“  
Preis 90 Pf.  
Buchhandlung Volkswacht  
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

**Flatow: Kommentar zum Betriebsrätegesetz**  
nebst Wahlordnung und den Ausführungsbestimmungen  
Neu: Betriebsrätegesetz, Musterarbeitsordnung, Entscheidungen d. Reichsarbeitsministeriums.  
Preis: Gebunden 15.00 Mk.  
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Wer kein Parteiblatt, die „Volkswacht“ unterstützen will, stellt seine Spargroschen der Sparkasse der Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H., Margaretenstr. 17 zur Verfügung. Diese Kasse hat die Finanzierung der „Volkswacht“ übernommen und zahlt 4% Zinsen.**

**IL Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses**

<b>Grabschen</b> Grabschener Lokale Geschäftszeiten, siehe II Eisenwaren, Geschäfte, 12/11 Dienst u. Sonntag, 1/1 Eisenwaren, Geschäfte, 12/11 Dienst u. Sonntag, 1/1	<b>Schiffbau, Kolonialwaren</b> Sagel, Waz, Guch-Möbeler <b>Hertlieb</b> Fahrradzubehörsen Lohse, Paul, Reparatur- Werkstatt Gastwirtschaften Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1	<b>Ergebnis 1 mal monatlich</b> <b>Klettendorf</b> Fahrradzubehörsen Lohse, Paul, Reparatur- Werkstatt Klein, F., Straße 25 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550	<b>Kl.-Massewitz</b> Gastwirtschaften Sch. Paul Gastwirtschaften Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550	<b>Kolonialwaren</b> Gastwirtschaften <b>Oswitz</b> Kolonialwaren Eh. Hauptstr. 10, Kolonialwaren Drogen, Zucker, Obst, etc. 14 Bäckereiwaren <b>Reich</b> Etablissem. Gastwirtschaften Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550	<b>Knobels Barbies</b> Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550 <b>Pyra's Gasthaus</b> Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550 <b>Woll</b> Gasth. Zur <b>Wahlstraße</b> 3, Sonntag 1/1 Gastwirtschaften König, Carl, Teich 3550 <b>Pilsnitz</b> Kolonialwaren Wittig, August, Pilsnitz 64	<b>Möbel und Leder- einrichtungen</b> <b>P. Wenzel</b> Breslau 12/11, Gr.-Technisch Telefon Burg 11243 <b>Kl.-Tschansch</b> Fleischwaren Weg. Straße, Chaussee 21 Kolonialwaren Hilber, August, Dofstr. 16 Schneewaren und Fleisch- wasser Weg. Straße, Chaussee 21 <b>Wolfschütz</b> Gastwirtschaften <b>Adolf Jaschke's Gasthaus</b>
---	--	--	--	--	--	---